VHP Zeitschrift

Nachrichtenblatt für die
Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost
22. Jahrgang · Heft 6 · Dezember 1986

Anbetung des Kindes · Ortenberger Altar um 1430

INHALTSVERZEICHNIS

Zum Titelbild:

Die Weihnachtsmarke der Deutschen Bundespost 1986 zeigt die „Anbetung des Kindes" aus dem linken Flügel des Ortenberger Altars, der um 1420 entstanden ist und zu den bedeutendsten Werken der gotischen Malerei zählt.
Der rechte Flügel als Gegenstück ist auf der Weihnachtsmarke der Deutschen Bundespost Berlin abgebildet mit der „Anbetung der Könige".
Wie viele Künstler der damaligen Zeit wußte auch dieser unbekannte Meister noch recht wohl zu unterscheiden zwischen der lukanischen und der matthäischen Darstellung der Geburt Jesu.

Johann Paffen
Aus der Arbeit des Bundesvorstandes 3

Hans Jürgen Schark
Bundesvorstands- und Beiratssitzung in Köln 5

Klaus Meyer-Heinl
Bericht über die FEFAS-Tagung 1986 7

Frieder Lauxmann
Aufbruchstimmung in Cambrigde 9

Werner Hufnagel
25. Europäische Fernmeldetage 10

Aus den Bezirken 21

F.-J. Schöberl
Wenn einer eine Reise macht 23

Frieder Lauxmann
Kleine Anmerkungen zu großen Denkern 26

Karl-Hinrich Vöge
Was erwartet ein Unternehmen der Fernmeldeindustrie von der Deutschen Bundespost? 27

Das Prinzip der personalwirtschaftlichen Kärglichkeit 34

VHP-Zeitschrift

Herausgeber: Bundesvorstand der Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost, Postfach 12 00, 4600 Dortmund 1.
Redaktion: Hans Jürgen Schark (verantwortlich); Werner Heise; Horst Plath; Peter Schmedes.
Anzeigenverwaltung: Fred Dittmer.
Anschrift der Redaktion: Postfach 60 02 00, 2000 Hamburg 60, Telefon (0 40) 2 39 56 50 und 63 88 46 10.
Die mit Namen gezeichneten Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der Meinung des Bundesvorstandes deckt, wird dies ausdrücklich erwähnt.
Druck: Kröger Druck, 2000 Wedel bei Hamburg.

AUS DER ARBEIT DES BUNDESVORSTANDES

Gespräch des BV mit der Postgilde

Am 16. 10. 86 kam es in Düsseldorf auf unsere Anregung hin zu einem Gedankenaustausch der Bundesvorstände der Deutschen Postgilde und der VHP. Unser Bundesvorstand war durch den Bundesvorsitzenden Johann Paffen, den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Manfred Jeromin, den Bundesgeschäftsführer Wolfgang Blankenstein und den Kollegen Franz Ricke vertreten. Gesprächspartner auf seiten der Gilde waren deren Vorsitzender E. Schmidt, dessen Stellvertreter Dollfuß, der Vorsitzende des Kuratoriums Panknin und der Bundesgeschäftsführer Kolligs.

Gegenstand des sehr nützlichen Gespräches waren:

- das Gutachten Knight/Wendling, Teil VI „Organisations- und Führungsstruktur",
- die aktuelle Diskussion um Privatisierungsbestrebungen und die Liberalisierung im Fernmeldewesen,
- die Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung,
- die Änderung der Funktionsgruppenregelung und
- die neue Punktberechnung der Postämter (V), insbesondere die Abgrenzung zwischen C- und D-Laufbahngruppe.

Dabei hatten wir Gelegenheit, den Vertretern der Gilde unsere Auffassung zur Organisations- und Führungsstruktur der DBP (wie sie in der Veröffentlichung des BV in der VHP-Zeitschrift, Heft 5/1986, S. 5 ff. zum Ausdruck kommt) darzulegen. In sehr vielen Punkten ergab sich eine Übereinstimmung der Meinungen.

Nach Auffassung beider Vereinigungen muß die ungerechtfertigte Absenkung der Eingangsbesoldung nach der Wahl baldmöglichst aufgehoben werden, und zwar generell für alle Laufbahnen. Nachdem es für den Zoll Stellenverbesserungen durch eine Änderung der Funktionsgruppen-Verordnung gab, sollte auch für die Deutsche Bundespost angestrebt werden, die Funktionsgruppenregelung für den gehobenen Verwaltungsdienst zu erweitern und den höheren Dienst endlich in die Funktionsgruppenregelung einzubeziehen.

Einen breiten Raum nahm bei dem Gespräch die Abgrenzung bei den Amtsvorsteher-Dienstposten zwischen dem gehobenen und höheren Dienst nach Einführung der neuen Punktberechnung ein. Die Gilde ist schon seit längerem bestrebt, die jetzige Einstufung der AV-Dienstposten für Ämter zwischen bisher 351 und 500 Punkten nach A 13/A 13/14 durch eine Bewertung nach A 13 zu ersetzen und aus den Reihen des höheren Dienstes lediglich Aufsteiger gem. § 33 Abs. 3 BLV für eine Besetzung zuzulassen. Dem mußten wir aus naheliegenden Gründen unmißverständlich widersprechen. Zur Zeit bestehen im BPM neue Überlegungen zur Abgrenzung der AV-Dienstposten zwischen gehobenem und höherem Dienst, die jedoch noch der Konkretisierung bedürfen. Beide Verbände können erst dann Stellung beziehen, wenn diese Vorstellungen des BPM auf dem Tisch liegen.

Gespräch der AhD mit dem AbtL für Dienstrecht des BMI

Am 29. 10. 86 fand auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes (AhD) in Bonn ein Gespräch von Vertretern der AhD mit dem Abteilungsleiter für Dienstrecht im Bundesministerium des Inneren (BMI), MinDir Breier, statt. Für die AhD nahmen neben Rechtsanwalt Dr. Dorff und MinDir i.e.R. Dr. Letzelter der Vorsitzende des Bundesverbandes der höheren Verwaltungsbeamten MinDirig Schönhofer, der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes Durner und der Bundesvorsitzende der VHP Johann Paffen an dem Gedankenaustausch teil. Ferner war der Vorgänger von Herrn Breier im Amt des Dienstrechtsabteilungsleiters des BMI, MinDir a. D. Scheuring, der im Auftrag der AhD ein Gutachten zur Beamtenbesoldung im Rahmen der Schriftenreihe „Verantwortung und Leistung" erstellen soll, bei dem Gespräch zugegen.

Die Verbandsvertreter hatten die Gelegenheit, bei dem in aufgelockerter Atmosphäre stattfindenden Gedankenaustausch viele der in der Diskussion befindlichen Probleme des öffentlichen Dienstes, soweit sie sich insbesondere auch auf die Beamten des höheren Dienstes auswirken, anzuschneiden, und zwar u. a.

- Verschlechterung der Versorgung im öffentlichen Dienst,
- Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung,
- Einbeziehung des höheren Dienstes in die Funktionsgruppenregelung,
- Öffnung der B-Besoldungsordnung für Leiter von Ortsbehörden (AV).

Nach Angabe von Herrn MinDir Breier wird der Bericht der Bundesregierung zur strukturellen Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstrechts, der aufgrund eines Auftrags des Bundestages im Herbst 1986 erstattet werden sollte, nicht mehr vor der Bundestagswahl veröffentlicht werden. Im übrigen stehe auch noch das Gutachten der „Treuarbeit" aus, das einen Vergleich der Beam-

Bundesvorstand und Redaktion wünschen allen Leserinnen und Lesern ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes, erfolgreiches neues Jahr.

tenbesoldung zur Bezahlung in der Wirtschaft herstellen soll.
Zur Versorgung führte der Abteilungsleiter Dienstrecht des BMI aus, daß die Bundesregierung am System der gegliederten Alterssicherung festhalte und keine Einheitsrente einführen wolle. Damit bleibe es auch beim eigenständigen Versorgungssystem der Beamten. Diese Aussage könne man in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion im Bundestag nachlesen. Eine Verschlechterung in der Beamtenversorgung käme in einzelnen Punkten nur in Betracht, wenn es auch in den entsprechenden Bereichen der Rentenversicherung zu Einschnitten komme.
Das BMI betrachtet die Absenkung der Eingangsbesoldung für den gehobenen und höheren Dienst nicht als eine „Ewigkeitsentscheidung", wie auch Minister Zimmermann verschiedentlich zum Ausdruck gebracht habe. Man kann davon ausgehen, daß in der kommenden Legislaturperiode des Bundestages die Rücknahme der Absenkung in Angriff genommen werde. Dies wird allerdings wohl nicht auf einen Schlag, sondern stufenweise erfolgen.
Nach der Ausführung von MinDir Breier müssen in den kommenden Jahren die Grundlagen dafür gelegt werden, daß der öffentliche Dienst auch in den neunziger Jahren — wenn sich die Situation am Arbeitsmarkt verändert hat — attraktiv bleibt. Es bleibt daher zu hoffen, daß nach den Jahren, in denen Einsparungen im öffentlichen Dienst groß geschrieben wurden, in der Zukunft wieder Raum für strukturelle Verbesserungen, auch im höheren Dienst, gegeben ist.

Gespräch mit dem HV der DPG

Unternehmenspolitische Probleme waren Gegenstand eines Gespräches, das der Bundesvorstand der VHP (Paffen, Jeromin, Blankenstein, G. Bock) mit dem Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft auf dessen Einladung hin am 11. 11. 1986 in Bonn führte. Gesprächspartner von seiten der DPG waren die stellvertretenden Vorsitzenden Zemlin, E. Bock und Stegmüller. Aktueller Anlaß des Zusammentreffens waren die Befürchtungen der DPG, daß Teile der DBP privatisiert und die Post in ihrer jetzigen Form zerschlagen werden solle, wie sie in der Aktion der DPG „Sichert die Post — Rettet das Fernmeldewesen" zum Ausdruck kommen.

Die Vertreter der DPG begründeten ihre Befürchtungen u. a. damit, daß acht Wirtschaftsverbände einschließlich des Deutschen Industrie- und Handelstages auf eine Zerschlagung der DBP hinarbeiten, daß amerikanische Computerfirmen eine stärkere Teilhabe am Telekommunikationsmarkt forderten und daß insbesondere liberale Politiker in Interviews die Privatisierung der Post gefordert hätten. Sie verwiesen auch auf die Entwicklung im Ausland (Großbritannien, Niederlande, Japan), wo Post- und Fernmeldewesen getrennt und das Fernmeldewesen privatisiert worden sei und auf das Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in dem das Netzmonopol der DBP in Frage gestellt werde. Diese Tendenzen würden sich nach ihrer Auffassung sicherlich im kommenden Frühjahr, wenn die „Regierungskommission Fernmeldewesen", in der die Wirtschaft über Gebühr vertreten ist, ihren Bericht vorlege, noch verstärken.

Wir haben für die Besorgnisse der DPG bis zu einem gewissen Grad Verständnis gezeigt, andererseits aber auch zum Ausdruck gebracht, daß wir das „Bedrohungspotential" für die Post lange nicht so gewaltig einschätzen, wie die DPG dies in ihrer Aktion darstellt. Insbesondere gebe es z. Z. keine politische Partei in der Bundesrepublik, die eine Privatisierung der Bundespost fordere, die ja auch nur durch eine Änderung von Art. 87 GG zu erreichen sei. Dafür sei jedoch keine Mehrheit zu bekommen. Im übrigen haben wir darauf hingewiesen, daß Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling nicht erst jetzt aus Anlaß der DPG-Aktion, sondern schon früher, u. a. auf den Delegiertentagen der VHP am 29. 04. 86 in Karlsruhe (vgl. VHP-Zeitschrift, Heft 4/1986, S. 16 ff), eindeutig festgestellt habe, daß die Bundesregierung die Einheit von Post- und Fernmeldewesen erhalten wolle, daß eine Privatisierung des Post-, Postbank- oder Fernmeldewesens nicht beabsichtigt sei und auch die Netzträgerschaft unangetastet bleiben müsse. Darüber hinaus müsse der DBP auf allen Sektoren des Endgerätemarktes die unlimitierte Beteiligung gestattet werden. Die VHP sieht es als sehr positiv an — und hat dies auch in dem Gespräch zum Ausdruck gebracht —, daß in diesen Grundsatzfragen zwischen dem BPM und allen Berufsverbänden der DBP Übereinstimmung besteht. Der DPG ist jedoch der „Kernbereich" des Monopols, der auch nach Auffassung des Bundespostministers gesichert werden muß, nicht präzise genug umrissen, um sich damit zufrieden zu geben.
Unterschiedliche Auffassungen zwischen DPG und VHP zeichneten sich bei der Frage ab, ob die DBP sich in den Randfeldern des Monopols — dem starken politischen Druck nachgebend — in bezug auf eine Liberalisierung flexibel zeigen sollte, um damit den Bestand in den unverzichtbaren Bereichen, den Essentials, besser sichern zu können, oder ob eine solche Liberalisierung den weitergehenden Privatisierungsbestrebungen nur Vorschub leistet.

Johann Paffen

BUNDESVORSTANDS- UND BEIRATSSITZUNG IN KÖLN

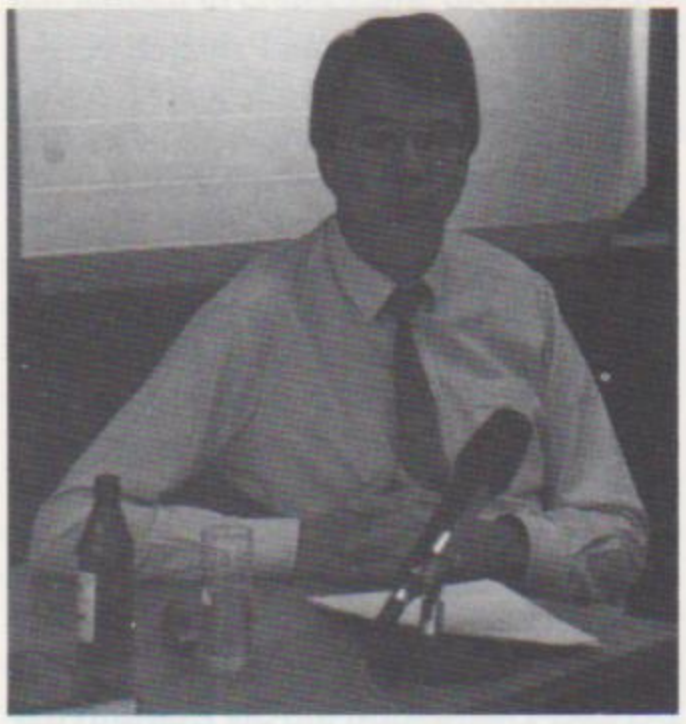
Diese traditionellen Herbst-Tagungen fanden am 10. und 11. Okt. 1986 statt. Wiederum im Fernmeldezentrum Köln-West mit der vorbildlichen Betreuung durch unseren Kollegen Bublitz.

Beratung des BV

Im Bundesvorstand stellte der Bundesvorsitzende, Herr Paffen, detailliert die Aktivitäten des BV dar, wie sie im wesentlichen in unserer Zeitschrift 5/86 veröffentlicht wurden. Gespräche mit der Gilde, der DPG, dem VDPI und der Abteilung 3 des BPM sind bereits verabredet bzw. ins Auge gefaßt.
Einen breiten Raum in der Diskussion nahmen die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Radtke zum Thema „Aufgabenorientierte Bedarfsanpassung" sowie die Stellungnahme zum Gutachten Knight Wendling, Teil VI, Organisations- und Führungsstruktur, erarbeitet von den Kollegen des Bundesvorstandes Blankenstein, Bock, Hoffmann, Jeramin und Wehran, ein. Die Stellungnahme ist in Heft 5/86, Seiten 5 ff veröffentlicht. Die Diskussion im BV als auch später im Beirat war zustimmend. Über Formulierungen, Ergänzungen, Gewichtung etc. zu Teilaspekten läßt sich im übrigen immer trefflich streiten! Auch darüber herrschte Einvernehmen.
Viele Ideen wurden erörtert. Letztlich war doch anzumerken, daß es um eine Stellungnahme zu dem Gutachten von Knight Wendling ging und nicht um das Erarbeiten eines Gegengutachtens.
Weitere Erörterungsthemen waren der Delegiertentag '87 in Köln, hier ging es um den Festredner und die geplante Podiumsdiskussion; das neue Punktberechnungsverfahren für die PÄ, Punktgrenze gehobener – höherer Dienst; ein Angebot zu einer Freizeit-Unfall-Gruppenversicherung mit günstigen Konditionen, aber auch damit zusammenhängende organisatorische Fragen.

Beiratssitzung

Die Beiratssitzung wurde im wesentlichen von zwei Vorträgen mit anschließenden Diskussionen ausgefüllt.



MinR Dipl.-Ing. Tenzer

Herr MinR Dipl.-Ing. Tenzer, BPM 201, berichtete von einer Studienreise in den USA: „Erfahrungen mit dem Fernmeldewesen in den USA".
Der Vortrag wird voraussichtlich in einer unserer nächsten Ausgaben veröffentlicht werden.
Herr Dipl.-Kfm. Ernst Eggers, Vorsitzender der Postkommission der F.D.P. (Beratungsorgan des Parteivorstandes), referierte zum Thema:

Blankenstein, Eggers, Paffen

„Post- und Fernmeldepolitik aus der Sicht der F.D.P."
Die von ihm, Eggers, geleitete Postkommission stehe der Parteiführung beratend zur Seite. Er beschäftige sich seit 11 Jahren mit dem Post- und Fernmeldewesen.
Der Vortragende ging zunächst von der internationalen Entwicklung aus, die von Liberalisierung gekennzeichnet sei, wobei er auf die USA, Niederlande, England, Frankreich, Japan verwies. Auch aus der F.D.P. seien unterschiedliche Stellungnahmen zur Zukunft der DBP zu hören.
Nach seinen Ausführungen wolle die F.D.P. aber *keine* neue Unternehmensverfassung. In der Diskussion sei das Modell DB. Man sei aber zu der Überzeugung gelangt, daß dieses Modell für die Post nicht geeignet sei. Die DBP habe eine andere Position als die DB und solle im Kabinett vertreten, und zwar zentral in der politischen Verantwortung bleiben.
Die Aufsichtsfunktion des Verwaltungsrates sei zu verbessern; z. Z. könne der VerwR seiner Aufgabe nicht gerecht werden. Für diese verantwortungsvolle Funktion reichen 4 x 2 Tage im Jahr nicht aus. Nach Vorstellung der F.D.P. müsse ein neuer VerwR mit mehr Möglichkeiten, eine effizientere Aufsicht sicherzustellen, geschaffen werden.

Die F.D.P. wolle *keine* Trennung von Post- und Fernmeldewesen. Die Einheit solle erhalten bleiben und gestärkt werden.
Die F.D.P. wolle auch *keine* Privatisierungsvorstellungen entwickeln. Aus dem Grundgesetz folge für die F.D.P.: Post- und Fernmeldewesen sind wahrzunehmen:
— hoheitlich
— durch Beamte in
— politischer Einbindung,
und so solle es auch bleiben.
Die F.D.P. trete voll für die Netzträgerschaft der DBP ein.

Was will die F.D.P. ändern?

Zunächst sei die Ausgangslage zu betrachten. Der Wettbewerbsdruck von den internationalen Märkten werde sich ständig verstärken. Die DBP müsse immer wieder nachweisen, daß sie national und international konkurrenzfähig bleibe. Dies sei nur zu erreichen bei
— einer kostenorientierten Gebührenpolitik
— Senkung der Ablieferung an den Bund von 10 auf 6 2/3%
— Verlagerung der politischen Lasten; Beispiel: Zeitungsdienst.

Gerade der Abbau der politischen Lasten sei eine zwangsläufige Folge, wenn die Post andererseits bei kostenorientierten Gebühren international konkurrenzfähig bleiben solle.

Wettbewerb schaffen

Die Post solle ihr „Monopol" sichern und nicht nur auf Grundienste beschränken. *Aber:* die DBP muß nicht alles allein anbieten.
Bei Sonderdiensten z. B. seien Spielräume vorhanden, Dienste von Privaten anbieten zu lassen. Als Beispiel sei der Stadtfunkrufdienst genannt. Es sei durchaus denkbar, daß dieser regional begrenzte Dienst mit Konzession durch die Post an einen Privaten vergeben werde. Dagegen solle kein Rechtsanspruch auf Zulassung von Diensten durch Private geschaffen werden.
Die F.D.P. befürworte den Wettbewerb im Endgerätemarkt, und zwar überall, auch beim Fernmeldehauptanschluß. Die Post solle überall Mitarbeiter sein und bleiben, allerdings müsse dabei das „Überall" kein Dogma sein.
Was die F.D.P. sich wünsche sei:
— mehr Offenheit
— mehr Flexibilität
— weniger Dogmatik.

Schlußbemerkung von Herrn Eggers: Bei aller Diskussion um die Zukunft der Post werde die Kontinuität seit Stephan stärker sein als vieles andere.

Aussprache zum Vortrag

Aufgegriffen wurden die Äußerungen der F.D.P.-Politiker Bangemann und Hausmann, die das Thema Privatisierung allgemein angesprochen hätten, wobei man auch z. B. an der Lufthansa und der DBP nicht vorbeigehen dürfe.
Hierzu entgegnete Herr Eggers, daß nicht an Privatisierung gedacht sei. Notwendig sei eine neue Abgrenzung, zunächst in Sonderbereichen.
Zu unterschiedlichen Aussagen einzelner Politiker entgegnete Herr Eggers allgemein: Man dürfe den Grundsatz nicht vergessen, daß die F.D.P. einen marktwirtschaftlichen Ansatz habe. Liberalisierung sei die notwendige Folge. Bezogen auf die Post bedeute dies die reizvolle Herausforderung, dieses marktwirtschaftliche Denken in Übereinstimmung zu bringen mit den gesetzlichen Vorgaben der Post.
Und abschließend: Es gebe keine von seiner, Eggers, Position abweichende Beschlußlage der Partei. Wenn einzelne Politiker eine andere Meinung vertreten, so seien dies Privatmeinungen.
Vieles mußte schließlich aus Zeitgründen undiskutiert bleiben.

Verschiedenes

Mit dem Beirat wurden eine Reihe aktueller Themen erörtert, so insbesondere
— dienstrechtliche Fragen. Der für den Herbst erwartete dienstrechtliche Strukturbericht müsse zunächst abgewartet werden;
— Sonderzuschläge für Anwärterbezüge
CFt: z. Z. nicht möglich;
— Änderung der Funktionsgruppen VO.
Seit nunmehr 10 Jahren hat es erste Änderungen gegeben, häuptsächlich für die Zollverwaltung. Weitere Änderungen sind in Vorbereitung;
— Haushalt 1987; Planstellen für den höheren Dienst voraussichtlich + 40 nach dem gesetzlichen Stellenschlüssel sowie für die Zentralämter voraussichtlich einige zusätzliche Planstellen;
— Forderung der VDPI — Besoldung von A 12 bis A 15;
— Aktion der DPG — Sichert die Post, rettet das Fernmeldewesen. Zu dieser Problematik hat unser Minister klar Position bezogen;
— für die FEFAS trug Herr Dr. Brauns-Packenius, für die FITCE Herr Hufnagel vor, s. die Einzelberichte in dieser Ausgabe;
— Herr Müller berichtete über die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft des höheren Dienstes. Stichworte: auf Initiative der VHP ein Vorstoß beim BMI zum Thema Funktionsgruppen VO — mit bekannter negativer Antwort; Zusammenstellung von Problemen des höheren Dienstes, Hinweis auf die vielen Einzelmaßnahmen; geplantes Gespräch u. a. über Besoldung der Behördenleiter auf unterer Ebene (Schulleiter, Amtsleiter etc.); Anfang 1987 Expertengespräche über Versorgungsbezüge.

Der 10. und 11. Oktober 1986: Die Tage waren prall gefüllt und interessant.

Hans Jürgen Schark

BERICHT ÜBER DIE FEFAS-TAGUNG 1986

„FEFAS rief — und alle, alle kamen!" Unter diesem Motto könnte der 20. FEFAS-Kongreß in diesem Jahr gestanden haben. Zum ersten Mal gab es Schwierigkeiten, alle Kollegen, die daran teilnehmen wollten, auch zu berücksichtigen. Dies mag verdeutlichen, welche Sogwirkung die Veranstaltung in Cambridge auch auf die deutschen FEFAS-Mitglieder ausgeübt hat. Insgesamt waren es über 300 Teilnehmer.

Der „run auf Cambridge" war, wie sich herausstellte, berechtigt. Ist bereits England als Tagungsziel interessant, so kann dies ganz besonders für die altehrwürdige Universitätsstadt Cambridge gelten. Hier fühlt man sich auf Anhieb wohl. Die Stadt mit ihren überschaubaren Größenverhältnissen besteht — wie es scheint — fast nur aus Colleges. Jedes dieser Colleges hat eine andere beeindruckende Ausstrahlung, wie wir bei einem geführten Stadtrundgang feststellen konnten. Ihre Bauweise erinnert eher an mittelalterliche Klöster als an Studiengebäude.

Es gibt viele architektonische Besonderheiten, von denen hier nur die offenen Treppenhäuser erwähnt werden sollen, die jeweils Zugang zu mehreren Studentenzimmern bieten. Im Winter werden hier die Studenten nicht nur durch ständige Zugluft sondern noch zusätzlich durch feuchte Kälte „lebenstauglich" gemacht. Dieser Effekt ist, wie uns glaubwürdig versichert wurde, durchaus beabsichtigt. „Britannia" konnte nur deshalb die „world rulen", weil seine Elite abgehärtet, jedenfalls aber nicht verweichlicht war. Die vorsichtige Tendenz, heutzutage die Treppenhäuser nach außen abzuschließen wird infolgedessen — so fürchten englische Skeptiker — verheerende Auswirkungen auf das Staatsganze mit sich bringen.

Die FEFAS-Kongreß-Teilnehmer können nun von sich behaupten: „Das kennen wir; so haben wir gelebt!" Die knapp einwöchige Unterbringung quasi als Student im Queen's College, einem der ältesten Colleges von Cambridge ist allemal ein großartiges Erlebnis.

Zum guten Gelingen der Veranstaltung hat jedoch in erster Linie die großartige Organisation durch den Gastgeber BRITISH TELECOM beigetragen. Ein ganzer Stab von dienstbaren Geistern war ständig um das Wohl der Teilnehmer besorgt. Herausgehoben seien an dieser Stelle nur die ausführlichen Informationsmappen über den Ablauf der Tagung und das sonstige Programm, sowie die Zurverfügungstellung von ausreichenden Telefonanlagen, von denen aus auch ins Ausland telefoniert werden konnte.

Ein Erlebnis waren jeweils die Mahlzeiten im großen Collegespeisesaal. Die Köche wollten offenbar mit jedem (Fest-)mahl beweisen, daß die englische Küche besser ist als ihr Ruf. Dieser Nachweis ist gelungen. Die Leitung hat es bestens verstanden, jeden Abend etwas Besonderes zu bieten, sei es eine Barbecue Party im eigens dafür errichteten Zelt oder ein Diner im Stil der Epoche Elizabeths I. Besonders gelungen war aber die Verbindung von kulinarischen mit kulturellen Genüssen, angefangen bei einem Vokalquartett, das sowohl mit Madrigalen als auch mit modernen Weisen aufwartete, über Troubadoure, wie sie zur Zeit Elizabeths I. aufgetreten sein könnten, bis hin zu moderner Tanzmusik.

Ein besonderes Erlebnis war auch das Stocherkahnfahren auf englisch „punting" auf dem Cam. Wehe dem, der die Stange nicht rechtzeitig aus dem Wasser zieht. Ihm geht es so wie einem französischen Post-Regionaldirektor, der auf diese Weise ein unfreiwilliges Bad im Cam auf sich nehmen mußte. (Natürlich im Anzug)

Auch das Begleiterprogramm fand bei allen Teilnehmern großen Anklang. Hier wurde für jeden Geschmack etwas geboten. So stand z. B. eine der bemerkenswertesten Kirchen Englands auf dem Besucherprogramm, die Kathedrale von Ely, die ein ausgezeichnetes Beispiel des normannischen und des gotischen Stils in England darstellt. Ein

Der FEFAS-Vorstand

Im Anschluß an den Kongreß fand die Generalversammlung der FEFAS statt. Wahlen bzw. Nominierungen brachten folgende Ergebnisse:

Präsident: Jean-Claude Rauch, Lyon
Vizepräsident: Piet Wijn, NL-Middelburg
Generalsekretär: Raoul Brasseur, B-Brüssel
Schatzmeisterin: Marion McCrindle, London. (Es ist für jeden Verein ein großer Vorteil, eine Schottin als Schatzmeisterin zu haben. Das garantiert eine sparsame Haushaltsführung)

Nationale Vorstandsmitglieder:

Frankreich: Jean-Claude Colombat, Paris
Deutschland: Dr. Frieder Lauxmann, Karlsruhe
Großbritannien: Dr. Charles Markus, London
Italien: Antonio Cutillo, Rom
Belgien: Raoul Brasseur, Brüssel
Niederlande: Frits Watjer, Den Haag

Vorsitzende der Arbeitsgruppen/deutsches Mitglied

Strukturen: Jacques Suisse, Lyon/ Harald Krueger, FTZ, Darmstadt
Kontakte: Frits Watjer, Den Haag/Dr. F. Lauxmann, Karlsruhe
Ruheständler: Albert Reynaerts, Brüssel/Eberhard Daust, Köln
Kassenprüfer: P. Scavina, Rom und Dr. Peter Dade, Kiel
Ehrenpräsidenten: Drs. J. J. van der Goes, Aardenhout und Dr. O. Brauns-Packenius, Frankfurt
Verbindungsmann Österreich: A. Tettinek, Wien

Einige der auf dem Kongreß behandelten Themen:

Sir George Jefferson, Vorsitzender und Generaldirektor von British Telecom: „Die Rolle des Gewinns in den Post- und Fernmeldeverwaltungen"
Angus Walter, Leiter der Abteilung „Firmenstrategie" bei BT: Firmenstrategie und Gewinn
Rolf-Dieter Leister, Stuttgart, Stv. Mitglied im Postverwaltungsrat: Gewinnorientierung bei öffentlichen und privaten Dienstleistungsunternehmen
Guy Meynié, Leiter einer französischen Post-Tochtergesellschaft, die „Data-Postdienste" anbietet: Das Ende der Monopole und das Entstehen von nationalen und internationalen Konkurrenzsituationen kann die staatlichen Postverwaltungen in Bedrängnis bringen.
Richard Wohlfart, BPM, Bonn: Gemeinwohlorientierung erfordert Gewinne.

Brücken über das Flüßchen Cam, also Cambridges die sog. mathematische Brücke. Von dieser Holzbrücke wird folgende Geschichte erzählt: sie soll früher aufgrund einer kunstvollen statischen Berechnung ganz ohne Schrauben gehalten haben. Um ihre Konstruktion zu ergründen, habe man sie auseinandergenommen aber dann nicht mehr richtig zusammenfügen können. Jetzt ist sie geschraubt und genietet. Die Brücke verbindet die beiden Teile des Queens-College miteinander. Um zu den einzelnen Veranstaltungen des Kongresses zu gelangen, mußte man häufig diese Brücke überschreiten. Vielleicht hat mancher dabei gedacht: Was gut zusammenpaßt, soll man nicht ohne Grund auseinandernehmen. (Zugleich ein Beitrag zum Kongreßthema)

Die „Seufzerbrücke". Sie dient anderen Zwecken als ihre Namensbase in Venedig. Es mag immerhin sein, daß mancher vor einer Prüfung genauso seufzt wie vor einem Aufenthalt in den berüchtigten Bleikammern.

Internationale „Kleingruppendiskussion" am Ufer des Cam
(Fotos: Lauxmann)

Besuch von Anglesey Abbey, einer Abtei, die im 16. Jahrhundert in ein Herrenhaus umgewandelt worden war, zeigte, wie englische Land-Edelleute am Anfang unseres Jahrhunderts lebten bzw. heute noch leben.
Im Gegensatz dazu stand die Fahrt durch die Wollstädte, die dörfliche und kleinstädtische Idylle bot. Besonders reizvoll war das Dorf Kersey, von einem kleinen Bach durchflossen, der nur mittels einer Furt, in der sich eine Vielzahl von Enten tummelt, durchquert werden kann. Für den Liebhaber des Pferdesports war auch der Besuch von Newmarket interessant. Eher als Kuriosum war wohl der Besuch eines englischen Weinbergs zu werten. Der hier produzierte Wein ist aber keineswegs so schlecht, wie manche unserer italienischen Kollegen behaupteten.
Die Veranstaltung war somit insgesamt eine runde Sache. Mit dem Gefühl, etwas Besonderes erlebt zu haben, konnten alle Teilnehmer die Heimreise antreten. Sicherlich wird es bei den meisten von ihnen heißen: Auf Wiedersehen in zwei Jahren in Frankreich!

Klaus Meyer-Heinl

AUFBRUCHSTIMMUNG IN CAMBRIDGE

Anstelle eines umfassenden Berichts über Vorträge und Diskussionen im Plenum und in den Gruppen folgt hier ein „postpolitischer" Lage- und Stimmungsbericht. Trotz einiger subjektiver Bemerkungen bemüht er sich um eine Quintessenz der Tagung.

„Die Rolle des Gewinns im Post- und Fernmeldewesen" als Kongreßthema wirkte nicht nur informatorisch sondern auf viele auch psychisch. Die gute alte „Postwelt" ist ins Wanken geraten. Einige Länder haben das bemerkt und Konsequenzen daraus gezogen, einige andere Länder habe es nur bemerkt und wieder andere werden es schon noch merken. Jeder konnte seine Verwaltung danach beurteilen. Soweit man einer Verwaltung angehört, deren Wecker noch nicht geklingelt hat, fühlte man sich etwas unbehaglich.

Worum geht es? Das Post- und Fernmeldewesen, soweit man das weltweit noch in einem Wort nennen kann, mußte und muß zunehmend feststellen, daß man als Staatsbetrieb und mit Monopolen ausgestattet, keine Überlebensgarantie mehr hat. Wo die Konkurrenz verhindert wird, wächst etwas anderes heran, oder, mit anderen Worten: Man kann zwar gesetzlich Konkurrenz verhindern, aber man kann nicht verhindern, daß der Post das Wasser abgegraben wird. Ein Beispiel: Der Beförderungsvorbehalt schließt private Kurierdienste nicht aus.

Aber auch auf den klassischen Gebieten, in denen die Post sich der Konkurrenz stellt — und teilweise bisher so getan hat, als ob das nicht so wäre — im Paketdienst, gab es in vielen Ländern ein böses Erwachen. Was nützt z. B. ein Paketdienst, der für den Transport drei Tage braucht, wenn ein Bedarf danach besteht, eine Zustellung innerhalb von 24 Stunden zu garantieren? (Z. B. weil man dann auf ein teures zusätzliches Ersatzteillager verzichten kann.)

Im Fernmeldewesen gibt es darüberhinaus noch weitere Probleme. Wenn die Verwaltungen heute nicht in die Märkte des Jahres 2000 investieren, dann wird für sie später dort nichts mehr zu holen sein. Es genügt nicht, den Wecker zu stellen, sondern man darf gleich gar nicht einschlafen. Das ist unbequem.

Die gemeinsame Ausgangslage für *alle* Verwaltungen *war:* Dort wo die Politiker in den Betrieb hineinregieren und sei es nur, weil das Wochenleistungsmaß der Posthalterin von Vorderklampfenbach verringert oder ein Telefonhäuschen versetzt werden soll, droht unten jedes unternehmerische und verantwortungsbewußte Denken zu verkümmern. Manchmal muß ein Minister wählen: entweder er verdirbt es mit den Parlamentariern oder er frustriert seine Mitarbeiter. Ein politisch denkender Minister konnte es sich bisher noch leisten, sich für die zweite Alternative zu entscheiden. Damit ist nicht gesagt, daß er evtl. nicht auch beides zugleich erreichen könnte.

Wie gesagt, dies war der Ausgangspunkt. In Ländern, in denen die Post nicht gut funktioniert, hat die Konkurrenz noch mehr Chancen. Wenn also ein zukunftsorientiertes Post- und Fernmeldewesen erhalten bleiben soll, so gibt es für manche Länder anscheinend nur noch die Möglichkeit, durch Privatisierung die leistungshemmenden Einflüsse auszuschalten. Wer regt sich denn wegen einer geschlossenen Tankstelle im Parlament nocht auf? Also warum sollte das nicht auch für das Post- und Fernmeldewesen gelten?

In Großbritannien wurden Post- und Fernmeldewesen getrennt, das Fernmeldewesen mit einem Privatanteil von 51 % in eine AG umgewandelt und die Post, die in einer Staatsholding verbleibt, in vieler Hinsicht einem Privatunternehmen angeglichen. Beide Unternehmen arbeiten inzwischen mit Gewinn. Falls die Labourparty an die Regierung kommt, will sie diese Entwick-

BAUFINANZIERUNG

Neubau – Kauf – Umschuldung – Renovierung

FINANZBERATUNG – FINANZPLANUNG

Selbstverständlich können beratende Maßnahmen vermittelt werden.
Sie sollten mehr über Kapitalbildung und Finanzierung von Grunderwerb wissen

NUTZEN SIE UNSERE DIENSTE

Fordern Sie einen Erfassungsbogen an mittels nachstehendem Gutschein
Unsere **SONDERPROGRAMME,** abgestellt auf Ihre persönlichen Voraussetzungen, bringen **IHNEN** erhebliche **Kostenersparnisse!**

Finanzfragen sind mehr als Vertrauenssache. Unsere Resultate können Sie nachrechnen!

Ihr Partner in allen Finanzfragen: **VÖB**

GESELLSCHAFT FÜR VERMÖGENSBILDUNG ÖFFENTLICH BEDIENSTETER mbH
Selbsthilfeeinrichtung der Beamten
Mackenheimer Weg 9, 6942 Mörlenbach-Vö., ☎ **(062 09) 34 87**

GUTSCHEIN

für kostenlose Übersendung unserer Kurzinformationen:

Baufinanzierung richtig gestalten

Neue Steuergesetze für Bau-/Kaufvorhaben

und unverbindliche Beratung über (Gewünschtes bitte ankreuzen):

☐ Allgemeine **FINANZBERATUNG** (Spar-/Anlageplanung)
☐ **SPAREN** (auch mit steuerfreien Erträgen für spätere Baufinanzierung)
☐ **DARLEHENSAUFNAHME** (Bank, Bausparkasse, Hypothekenbank, Versicherung)
☐ **Unterschiedliche Tilgungsarten** (Tilgungsplanung bestehender Bauschulden)

Adresse: siehe Absender, ☎ . . . . . / . . . . . .

Ein Vorgesetzter aus dem Streß
enteilt nach Cambridge zum Kongreß,
wo FEFAS heftig diskutiert,
was sicher zum Gewinn wohl führt.
„privatisation" lobt man da,
wie's British Telecom geschah.
Doch ob nun staatlich oder nicht:
Nur das Ergebnis hat Gewicht!

Hermann Meyer

lung allerdings zurückdrehen. Wie weit, weiß man noch nicht.

In den Niederlanden ist eine Entwicklung in Gang gesetzt worden, die die Post zu einem privatrechtlich arbeitenden Staatsunternehmen macht. Erklärter Grund: Wirtschaftliche Gesichtspunkte sollen schnell durchsetzbar sein. Man wollte nicht, daß dort auf politischer Ebene nur darüber geredet wird und dann mit jahrelanger Verspätung halbherzige Kompromißlösungen durchgesetzt werden.

In Frankreich werden jetzt die der Datapost entsprechenden Dienstleistungen durch ein Privatunternehmen angeboten. Dieses Unternehmen bedient sich postalischer Einrichtungen, „verkauft" aber privatwirtschaftlich.

In Italien besteht die staatliche Post nach wie vor. Wer allerdings Wert darauf legt, daß Pakete auch wirklich ankommen, beauftragt private Spediteure. Wer Briefmarken kaufen will, ist in Italien im Postamt sowieso an der falschen Adresse. Dort kann man übrigens auch nicht telefonieren, weil das Fernmeldewesen getrennt betrieben wird. Erklärtes Ziel in Italien: Beschäftigungspolitik ist wichtiger als Wirtschaftlichkeit.

Die Mitarbeiter von British Telecom sind stolz auf ihr florierendes Unternehmen und empfahlen in Cambridge allen anderen Verwaltungen, ihrem Beispiel zu folgen. Wie fühlt man sich z. B. als Deutscher angesichts solcher Einsichten? Die Deutschen haben eine Chance, mit einem gemeinsamen Post- und Fernmeldewesen in staatlicher Regie sowie mit einem Berufsbeamtentum in die Zukunft zu gehen.

Kann also alles so bleiben, wie es ist? Vermutlich nicht, denn wenn es so bleibt, haben wir eben diese Chance nicht. Nach den Diskussionen des Kongresses scheint nur dann die Chance zu bestehen, ein staatl. Post- und Fernmeldewesen in die Zukunft hineinzuretten, wenn folgende Entwicklungen verstärkt werden:

1. Regional und lokal muß die Wirtschaftlichkeit, ggf. auch die Rentabilität erkennbar werden, und zwar durch möglichst einfache und abgrenzbare Systeme.
2. Diese „Erkennbarkeit" muß sich auch auf einzelne Dienstleistungen erstrecken.
3. Regionale und lokale Ämter müssen bei abgrenzbarer Verantwortlichkeit die Mittel haben, die Wirtschaftlichkeit zu steigern. Das bedeutet, sie müssen Entscheidungen in eigener Verantwortlichkeit treffen und durchsetzen können, auch wenn sie unbequem sind. Personal- und Sachmitteleinsatz müssen ggf. auf lokaler Ebene austauschbar sein.
4. Die Zentralgewalt muß zugunsten regionaler Funktionen eingeschränkt werden.

Ministerien, die meinen, es sich leisten zu können, Politik anhand von Detailentscheidungen zu betreiben, drängen ihre Verwaltungen früher oder später in die Privatisierung. Da sie zu schwerfällig sind, sehen sie sich dem Vorwurf ausgesetzt, Verwaltungen könnten nicht wirtschaftlich arbeiten. Wer gegen Privatisierung ist, müßte also mit dazu beitragen, daß nicht alles Unbequeme möglichst vom Minister selbst entschieden wird. Wer jede Rationalisierungsmaßnahme als Vernichtung von Arbeitsplätzen verteufelt, liefert den Befürwortern der Privatisierung die besten Argumente, auch wenn er das natürlich nicht will.

Dem, der die Diskussion in Cambridge mitverfolgt hat, sind hier sicher einige Zusammenhänge aufgegangen, die konsequent weiterzudenken nicht ganz bequem sein dürfte.

Dr. Frieder Lauxmann

25. EUROPÄ

Vom 08.—13. September 1986 fanden die 25. europäischen Fernmeldetage in Den Haag statt.

Unsere holländischen Kollegen hatten es übernommen, diesen Jubiläumskongreß auszurichten, und sie hatten ihn — man kann es gleich vorwegsagen — glänzend organisiert. Alles lief wie am Schnürchen — keine Pannen, kein Leerlauf — und das, obwohl wieder mehr als 600 Teilnehmer aus 13 Ländern — die Schweiz eingerechnet — nach Den Haag gekommen waren.

Die meisten Teilnehmer waren bereits am Sonntag, dem 07. 09. eingetroffen und konnten sich so in Ruhe anhand der Konferenzunterlagen über den Verlauf der Woche und die Hauptereignisse orientieren. Man traf sich am Vortag am Strand von Scheveningen; viele hatten auch in Scheveningen Quartiere bezogen, zumal das Konferenzzentrum in der Nähe lag.

Begrüßung

Daß die FITCE einen festen Kreis von Freunden in Europa geschaffen hat, zeigt sich immer wieder meist schon am ersten Tag. Das Sprachgewirr im Foyer ist beachtlich, aber Verständigungsschwierigkeiten gibt es praktisch nicht. Irgendwer in der Nähe kann zur Not einspringen und übersetzen. MinDir Dipl.-Ing. Schön, der in Vertretung des Ministers nach Den Haag gekommen war, konnte viele alte Bekannte aus dem In- und Ausland begrüßen.

Eröffnungssitzung

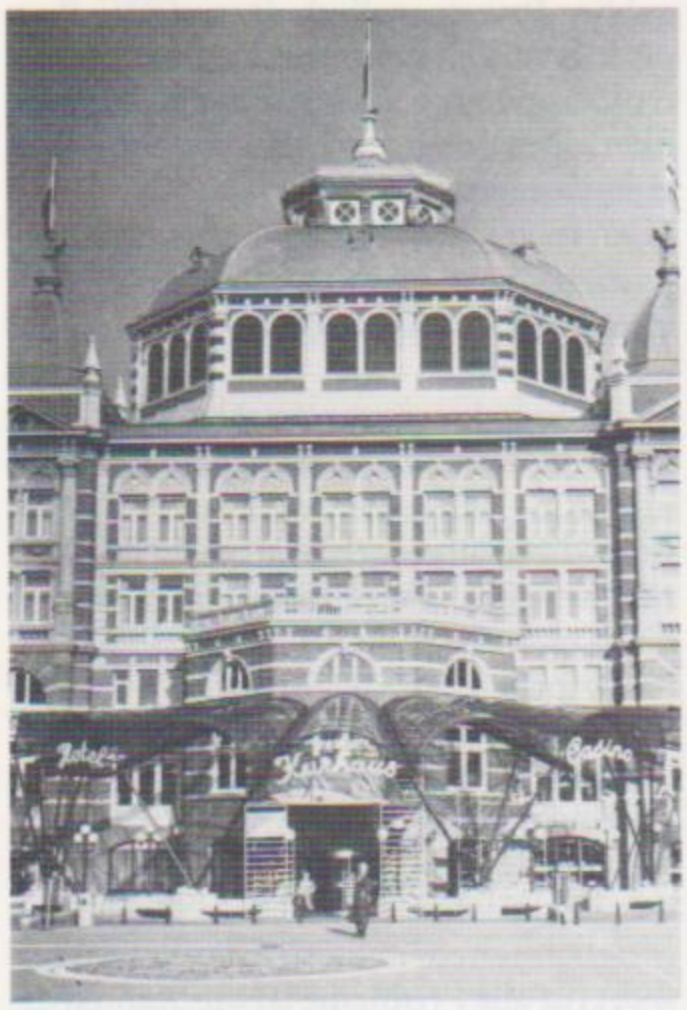
Studenten des königlichen Konservatoriums umrahmten die feierliche Eröffnung mit Werken von Haydn, Schubert und Dvorak.

Mr. Peter Hammelberg, Vorsitzender der Vereinigung der PTT-Ingenieure, begrüßte alle Teilnehmer und Gäste, insbesondere alle prominenten Vertreter aus Verwaltung und Industrie sowie die anwesenden Botschafter der einzelnen Länder.

„Die Niederlande richten den Kongreß nun zum viertenmale aus. Nach Den

ISCHE FERNMELDETAGE

Haag 1965, Amsterdam 1971 und Rotterdam 1977, bot sich wieder einmal das Regierungszentrum zur Ausrichtung der 25. europäischen Fernmeldetage an".



Kurhaus Scheveningen

„Congresgebouw"

Frau N. Smit-Kroes, Minister für Transport und öffentliche Arbeiten in den Niederlanden, betonte die besondere Rolle, die die Telekommunikation in der modernen Gesellschaft spielt.

Mr. B. Zanting, Organisationskomitee

Benedetti – Schön (Man kennt sich)

„Heutzutage ist eine Gesellschaft ohne Telekommunikation einfach nicht lebensfähig."
So wundert es nicht, wenn die Entwicklung auf diesem Gebiet von vielen Menschen mit großem Interesse verfolgt wird. Dies betrifft nicht nur die technische Seite der Entwicklung, sondern ebenso die sozialen Konsequenzen, die Organisation, die Finanzierung, die Wirtschaftlichkeit sowie die Handelsaspekte usw.

Soziale Entwicklung

„In vielen Ländern wird heftig die Frage diskutiert, wie die Telekommunikation strukturiert werden soll, und wie die Gesellschaft als Ganzes den größten Nutzen aus der möglichen Entwicklung der Telekommunikation ziehen kann. Holland wurde von dieser Diskussion nicht verschont". Frau Smit-Kroes ging anschließend auf die Entwicklung in Holland ein und berichtete von den Ergebnissen zweier Kommissionen (Swartlouw und Steenberg). Im Mai 1986 traf die Regierung mehrere

Mr. P. Hammelberg, Vorsitzender der Vereinigung der PTT-Ingenieure

VIP-Essen (Bildmitte: van der Gablenz, deutscher Botschafter in Den Haag)

Eröffnungssitzung — Formal Opening

Mw. Drs. N. Smit-Kroes, Minister van Verkeer en Waterstaat, NL

Mr. Havermanns, Bürgermeister von Den Haag

wichtige Entscheidungen. Die PTT wird umgewandelt in eine Gesellschaft mit begrenzter Haftung, deren Anteile in der Hand der Regierung bleiben.
Die PTT-Gesellschaft erhält zwei große Privatgesellschaften (BV Post und BV Telekommunikation); Kontrollaufgaben gehen auf die Regierung über. Der genaue Text ist in der nächsten Revue nachzulesen.

Technische Entwicklung

„Viel wurde gesagt und geschrieben über die spektakuläre Mikro-Elektronik. Ein Ende der Verbesserung der Preis-Leistungsverhältnisse bei Informatik und Telekommunikation ist noch nicht in Sicht.
Man muß z. B. die Mikro-Computer erwähnen. Die Entwicklung der Glasfaser ist sehr vielversprechend — zur Lösung von Problemen, die vor 10 Jahren noch gar nicht existierten — indem sie technische und wirtschaftliche Möglichkeiten bietet. Ein Schlüsselwort für alle Probleme ist die Standardisierung. UIT, CCITT, CCIR und CEPT leisten seit Jahren gute Arbeit. Wichtig sind hier die technischen Anforderungen zum Anschluß (privater) Endgeräte an öffentliche Netze.
Es ist schade, daß selbst bei neuen Anwendungen die Standardisierung manchmal sehr schwierig ist und oft nur eine Sammlung von Optionen existiert, was man schwerlich einen Standard nennen kann.
Man kann verstehen, daß der Schutz nationaler Interessen manchmal eine dominierende Rolle spielt. Nach meiner Meinung gibt es für das europäische Netz, insbesondere für die europäische Fernmeldeindustrie, nur einen guten Weg, und das ist die größtmögliche Standardisierung. Unsere Mitbewerber, die USA und Japan, stehen nicht still und haben den Vorteil eines großen, ungeteilten Heimmarktes."
Am Schluß ihrer Rede meinte Frau Minister Smit-Kroes, daß, um alle Dinge zu ordnen, wir, die Fermeldeinge-

nieure, größte Anstrengungen unternehmen müßten.
„Ihre Organisation, die FITCE, kann beim Austausch von Erfahrungen und Ideen, beim Aufzeigen von Differenzen und Übereinstimmung zwischen den Ländern eine wichtige Rolle übernehmen.
Dieses im Sinn habe ich festgestellt, daß die FITCE nur 12 Mitgliedsländer hat — ebensoviele wie die EG. Ist es nicht möglich für die FITCE, sich zu einer wahren europäischen Organisation zu entwickeln, die alle CEPT-Länder beinhaltet?
Ich wünsche einen erfolgreichen Kongreß!"
Der Bürgermeister von Den Haag, Mr. A. J. E. Havermans, hieß alle Teilnehmer und Gäste im Namen der Stadt herzlich willkommen zu diesem bedeutenden Kongreß. „Wir freuen uns, daß sie dieses Silberjubiläum bei uns feiern. Den Haag hat eine große Tradition der Gastlichkeit, und wenn Gäste zum zweitenmal kommen heißt das, daß der Gastgeber seine Pflicht erfüllt hat, bzw., daß den Haag 1962 auf die FITCE einen guten Eindruck gemacht hat.

Das Thema Ihres Kongresses ist für Den Haag — einer Stadt mit sauberer Industrie und einem besonderen Hang zur Ingenieurwissenschaft und Telekommunikation — besonders passend. 1883 war Den Haag bereits unter den ersten Städten Europas mit dieser wunderbaren „Kommunikations-box", dem Telefon. Die „Dutch Bell Company" wurde von denen, die sich diese Wunderverbindung leisten konnten, begeistert empfangen.
Wie erging es dieser Stadt trotz des technischen Wandels? Die industrielle Revolution vor hundert Jahren ging nicht an Den Haag vorbei. Wir siedelten mehrere wichtige Industrien an, die unsere Struktur änderten und die Bevölkerungszahl einer ruhigen Residenzstadt anschwellen ließ.
Relativ früh wurde herausgefunden, daß Schwerindustrie nicht zur königlichen Residenz paßt, dem Sitz der Regierung mit ihrer speziellen Ausprägung. Kamine und Geräusche wanderten irgendwo hin und hinterließen Geschäfte, Ingenieurwissenschaft, Management und eine Forschungsinfrastruktur.
Die andere Welle der Ereignisse, die unsere Gesellschaft nicht weniger als die industrielle Revolution veränderte, war die elektronische Revolution der 50er Jahre.

Einige große multinationale Ingenieur-Gesellschaften mit jenen Forschungsmöglichkeiten, die im Nachkriegsboom eine entscheidende Rolle spielten, wählten Den Haag als Sitz.

Vor dieser Zuhörerschaft brauche ich die Namen aller dieser Gesellschaften, die sich in Den Haag und Umgebung angesiedelt haben, nicht zu erläutern, wie Dr. Neher's PTT Forschungs-Laboratories, ITT, Siemens und A. P. T., ATT und Philips.
Aber Den Haag blieb nicht bei vergangener Leistung stehen und bewegte sich in die dritte Phase, die computer-unterstützte Revolution der Information.

Wir haben keine Anstrengung unterlassen und jetzt den Kampf um die Informations-Universität gewonnen. Die Planer stimmten überein, daß es dafür keinen besseren Platz als Den Haag gibt. Ich stimme einem der Gurus der Kommunikations-Gesellschaften zu, daß die Wissens-Industrie, die anfängt alle Wirtschaftsaktivitäten zu beherrschen, die größten Zuwachsraten aufzeigt.
Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß Sie neben Ihrem interessanten Programm die Zeit finden, sich unsere Stadt anzusehen, durch die Straßen zu bummeln und die historischen Gebäude anzusehen. Sie sollten die milde Luft von Scheveningen atmen und die holländische Köstlichkeit, den frischen ungesalzenen Hering genießen. Bitte vergessen Sie auch nicht unseren Gin den „jungen" und „alten".
Ich wünsche Ihnen Erfolg in der Arbeit und eine angenehme Zeit außerhalb der Konferenzhalle."
Mariono Benedetti, Präsident der FITCE, brachte zunächst einige persönliche Gedanken.

Mr. M. Benedetti, Präsident der FITCE

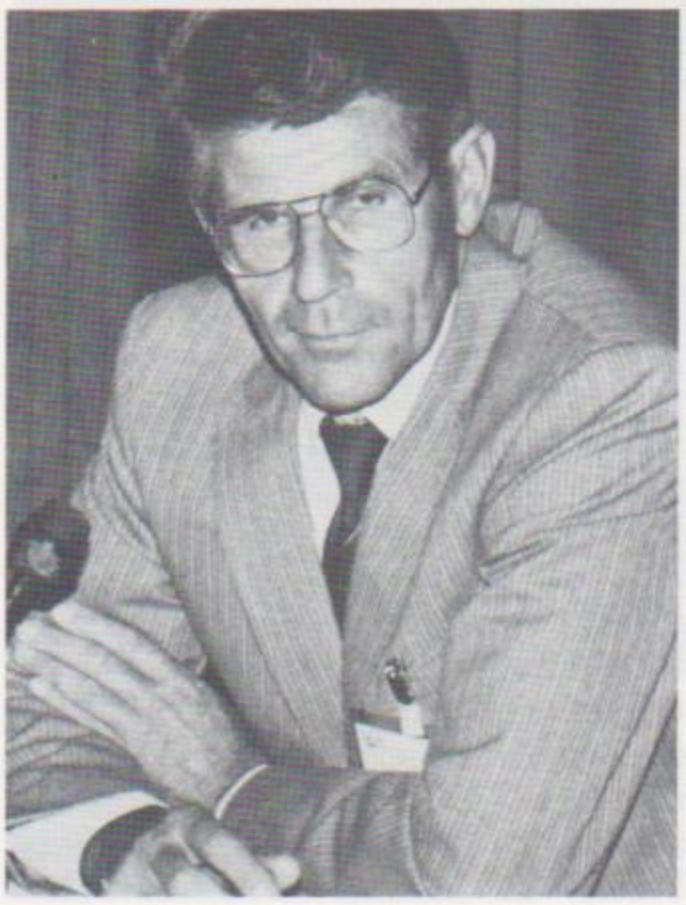
„Ich bin seit 20 Jahren Mitglied der FITCE, und in den letzten 15 Jahren war ich im Direktionskomitee tätig. Vor zwei Jahren wurde ich zum Präsidenten gewählt und dann, nach all den Jahren wollte ich wissen, was die FITCE ist, und was sie für uns bedeutet. Die FITCE ist ein ideales Band — das ist meine Erkentnis — das Telekommunikationsingenieure aus den verschiedenen Ländern für einen gemeinsamen Zweck verbindet. Wir nutzen unser berufliches Wissen und unsere Stellung, traditionelle Schranken zu überwinden und, so gut wir können, zur europäischen Einigung beizutragen. Ich bin dieser Gedankenlinie immer gefolgt, und meine jüngsten Bemühungen wurden belohnt durch eine Festigung dieses idealen Bandes zwischen den Mitgliedern".
Herr Benedetti ging anschließend auf die Aktivitäten der FITCE ein: die „Revue", das Jahrbuch, die Kongresse, die Kommissionen und die Arbeit der Generalversammlung.
Nach dem Beitritt Spaniens und Portugals hat die FITCE jetzt mehr als 5000 Mitglieder, und die Zahl steigt.
„Meine Damen und Herren, in den vergangenen 25 Jahren wurden diese Aktivitäten in praktischer Form ausgeübt, und wir können auch mit Befriedigung in die Zukunft sehen.
Der Fortschritt von Idealen ist langsamer zu erreichen und schwieriger zu berechnen. Ich bin jedoch überzeugt, daß die größte Leistung der FITCE auf diesem Gebiet liegt. Ich bin überzeugt, daß die FITCE-Ingenieure — d. h. wir alle — sich bemühen, daß unser alter Traum Wirklichkeit wird, eine wahre

Benedetti – Smit-Kroes, Minister für Verkehr

M. W. Wapenaar

Chairmen oft the Congress

M. H. Gabler



europäische Telekommunikation oder mit einem Wort gesagt: Europa.
In diesem Sinne möchte ich Sie alle zum „Vin d' honneur" einladen, und Frau Minister, die uns heute mit ihrer Anwesenheit geehrt hat, bitten, mit uns auf den Erfolg der 25. europäischen Fernmeldetage anzustoßen.
Die Eröffnungssitzung ging nahtlos über in eine allgemeine Begrüßungszeremonie. Eines der typischen Merkmale für die Arbeit der FITCE ist die ungezwungene Art der Kontaktaufnahme. Viele kennen sich seit Jahren und haben Freundschaften auf privater Ebene geschlossen, bewahren sie auch bei beruflicher Zusammenarbeit. Gerade die „Europäischen Fernmeldetage" bieten ja für viele Kolleginnen und Kollegen eine gute Möglichkeit, sich über die Grenzen hinweg zu informieren, Beziehungen anzuknüpfen und gezielte Fragen zu bestimmten Entwicklungen zu stellen.
Dabei werden oft auch Kontakte zu verschiedensten Organisationen vermittelt.

Vorträge

Das Grundthema, „Der Fernmeldeingenieur in einer sich ändernden technischen Umwelt" war gegliedert in drei Unterthemen, die in einzelnen „Sessionen" abgehandelt wurden.
- Steuerung der Netzentwicklung
- betriebliche Anforderungen und Randbedingungen
- Konsequenzen für das Personal.

Insgesamt liefen 26 Vorträge mit Diskussion, wie immer gut geführt von zwei erfahrenen Chairmen, Mr. W. Wapenaar von der PTT Niederlande und Kollege Gabler vom FTZ.
Da die Inhalte aller Vorträge wieder in der folgenden Revue veröffentlicht werden, sollen hier nur Vortragende und Titel genannt werden.

Kempenaar, APT, NL: Evolution und Revolution. – Zwang oder Chance – der Fernmeldeingenieur kontrolliert das Gleichgewicht.
Allerbeck: Siemens, D: ISDN im Büro, Anforderungen, Realisierung, Benutzerakzeptanz.
Etève, DGT, F: Die Entwicklung des Netzes organisieren.
Lacy, TE, Ir: ISDN entwickeln – aus irischer Sicht.
Mott, BT, UK: Planen und managen des Netzwechsels.
Pato: CTP, P: Netzentwicklung und Dienste in Portugal.
Martin, Siemens, D: Organisatorische Voraussetzungen zur Einführung von Bürokommunikation.
Power, TE, Ir: Gebietsstrukturen.
Villapun, Telefonica, E: Entwicklung des Telefonnetzes – Erfordernisse und Zwänge.
Pescatori, SPA, I: Ein integriertes System zur Steuerung und Unterhaltung von Netzen.
da Rocha, TLP, P: Papierlose Netzsteuerung und Unterhaltung.
Kuis, PTT, NL: Steuerung einer sich ändernden Infrastruktur.
Sibille, DGT, F: Die Veränderung der Umwelt – organisatorische Verantwortung.
Avgeris, OTE, GR: Telekommunikations-Management in einer sich verändernden Umwelt.
Folberth, IBM, D: Der soziale Einfluß der Mikroelektronik.*)
Grynko, DGT, F: Einführung eines Steuernetzes beim Übergang zum elektronischen Netz.
Vonasountas, OTE, GR: Netzwerksteuerung und automatisches Messen.
Zegbroek, RTT, B: Steuerung und Diagnose im PCM-Netz Brüssel.
Orlando, SIP, I: Ingenieure in der italienischen Fernmeldeindustrie.
Wartmann, FTZ, D: Neue Technologien und der Einfluß auf die Qualifikation des Verwaltungspersonals.
Maillo, Telefonica, E: ISDN: Einflüsse auf künftige Arbeitsgestaltung.
Hurel, IBM, Europe: Netzwerksteuerung im Kundennetz.
van den Berghen, Technica, B: Diagnoseentwicklung in einem Datenkommunikationssystem.
Richardson, BT, UK: Technische Unterstützung in einer sich verändernden Umwelt.
Nieuwenhoven, PTT, NL: Führungspolitik.
Fuchs, DETEWE, D: Anforderungen und Chancen des Ingenieurs in der Fernmeldeindustrie.
Braga, SIP, I: Telekommunikationsentwicklung – Anpassung und Verhalten des Ingenieurs.
Serbetzoglou, OTE, GR: Die Rolle der Elektronikingenieure unter neuen Bedingungen.
Kaleve, SEL, D: Telekommunikation + EDV = Liberalisierung?

*) Wir werden diesen Vortrag im nächsten Heft abdrucken.

A Mr. M. A. Kempenaar, APT Netherlands

B Dr. M. A. Allerbeck, Siemens Germany

C Mr. E. Etève, DGT France

D Mr. A. Lacy, Telecom Eireann, Irland

E Mr. R. J. Mott, British Telecom UK

F Mr. J. E. Santos Pato, CTP Portugal

G Dr. H. E. Martin, Siemens Germany

H Mr. J. J. Power, Telecom Eireann, Irland

I Mr. F. M. Villapun, Telefonica, Spain

J Mr. O. G. Folberth, IBM Gemany

K Mr. B. Grynko, DGT, France

L Mr. M. Vonasountas, OTE, Greece

M Mr. M. A. van Zegebrock, RTT, Belgium

N Mr. Orlando, SIP, Italy

O Mr. H. Wartmann, DBP, Germany

Q Mr. A. V. Maillo, Telefonice, Spain

R Mr. D. Hurel, IBM-Europe

S Mr. M. van den Berghen, Telindus, Belgium

T Mr. G. L. Richardson, British Telecom, UK

W Mr. Braga, Italy

U Mr. R. A. Niewenhoven, PZZ Netherlands

X Mr. G. V. Serbetzoglou, OTE, Greece

V Mr. W. Fuchs, DeTeWe, Germany

Y Mr. H. Kaleve, SEL, Germany

Table ronde

Fazit: Die Informationswelt ist stark in Bewegung. Weltweit sind Fernmeldeingenieure — gemeinsam mit Experten unterschiedlicher Disziplinen — mit Hochdruck dabei, die Möglichkeiten der neuen Techniken, wie digitale Vermittlungs- und Übertragungstechnik, Datenverarbeitung und Bürokommunikation auszuloten, d. h. in handhabbare, sinnvolle Dienste umzusetzen. Ein Ende der Entwicklung ist nicht abzusehen. Schon tauchen Begriffe auf, wie Informationsverarbeitung, Expertensysteme, künstliche Intelligenz oder auch das Schlagwort von der „Wissensindustrie".
Externe verfallen leider der Vorstellung, als sei alles — beliebig schnell — machbar, aber wie sich immer wieder zeigt, müssen alle Möglichkeiten und aufkommende Forderungen exakt analysiert und denkbare Systeme mühsam entworfen, realisiert und letzten Endes auch gepflegt werden. Und das alles zu einem für Kunden bezahlbaren Preis. Darüberhinaus müssen alle Systeme auch von der Gesellschaft akzeptiert werden, d. h. der Nutzen muß erkannt und angenommen werden, und letzten Endes müssen die Auswirkungen — „Revolutionen" bringen nun einmal Veränderungen — beherrscht werden. Eine gute Zusammenfassung in diesem Punkt brachte Prof. O. G. Folberth, von der IBM Deutschland, mit seinem Beitrag über „Die gesellschaftlichen Auswirkungen der Mikroelektronik", auf den wir besonders hinweisen möchten. Für Experten also glänzende Zukunftsaussichten? Was die Arbeit betrifft, ja! Prüft man jedoch Bezahlung oder die Besetzung von Führungspositionen — insbesondere bei klassischen Verwaltungen —, so ergeben sich andere Zahlen.
Wen wundert also, daß der Mangel an qualifizierten Ingenieuren immer größer wird?

Technische Exkursion

Ingenieure informieren sich gern über die neuesten Entwicklungen, gleich wo sie erkennbar sind. Ideen und Anregungen gibt es überall, und warum sollte man fremde Leistungen nicht akzeptieren? Etwas mehr japanische Denkart könnten wir auch in Europa vertragen. Innerhalb der FITCE wurde in den vergangenen 25 Jahren in dieser Hinsicht großzügig verfahren.

Am Dienstag Nachmittag konnten alle Teilnehmer, je nach Interessenlage, wählen zwischen Exkursionen zu folgenden Firmen:
APT in Huizen, Hilversum oder Den Haag, PTT Dr. Neher Laboratorium in Leidschendam, Ericson in Rijen, IBK in Zoetermeer, Philips TDS in Hilversum und Siemens in Den Haag oder in Woerden. Interessant waren, wie man hörte, alle Besichtigungen.
Siemens Den Haag z. B. bot einen Einblick in zwei interessante Entwicklungsbereiche, den Einsatz von CAD-Systemen im Ingenieursbereich und ein integriertes Fahrkarten-Verkaufs- und Kontrollsystem für Massentransporte.

Rahmenprogramm

Traditionsgemäß — warum sollte es zum 25. Jubiläum anders sein — bot die FITCE auch diesmal allen Teilnehmern wieder die Möglichkeit, sich im Gastland etwas umzusehen. Wer seine Nachbarn verstehen will, muß wissen wie sie leben, was sie denken und mögen bzw. auch worunter sie leiden, oder was sie fürchten. Europa kann nur wachsen über eine Unzahl von persönlichen Kontakten, verbunden mit guten Kenntnissen der Verhältnisse in den einzelnen Ländern. Die FITCE möchte dazu — neben einem reinen Wissensaustausch — ganz bewußt einen Beitrag leisten.

Technische Exkursion zu Siemens Den Haag

Empfang beim Bürgermeister

Am Montag waren alle Teilnehmer Gäste der Stadt, bei einem kurzen Stehempfang des Bürgermeisters im städtischen Museum.
Den Haag, so war zu hören, bildet derzeit ein zusammengehörendes und zusammenhängendes Stadtgebiet an der Nordseeküste, mit zentraler Lage, im Hinblick auf die anderen wichtigen niederländischen Städte Amsterdam, Rotterdam und Utrecht. Den Haag ist als Verwaltungszentrum entstanden, und das hat bis zum heutigen Tag den Charakter der Stadt entscheidend geprägt.

Empfang der Stadt im Museum

Damenprogramm: Ausflug nach Madurodam

Den Haag ist Regierungsstadt und gleichzeitig Hauptstadt der Provinz Süd-Holland. Auch für viele Industrieunternehmen und Organisationen bildet der Großraum Den Haag das Verwaltungszentrum.

Konzert

Am Mittwoch lud „Netelcom" alle Teilnehmer und Gäste zum Konzert in die „Nieuwe Kerk" ein. Gregorio Nardi, ein junger, hervorragender Pianist, brachte Werke von Chopin und Liszt. Die Begeisterung über den jungen Künstler war groß; man spendete ihm stehend Beifall.

Exkursion

Am Donnerstag hatten die holländischen Kollegen einen Ausflug in die Umgebung von Arnheim — also quer durch Holland — angesetzt. Nachdem man bei früheren Gelegenheiten Küste und Polder im Westen gezeigt hatte, war man der Meinung, daß auch die bewaldete Landseite eine Exkursion wert sei.

Dabei konnten alle Teilnehmer nochmals wählen, ob sie im Laufe des Tages das Museum „Paleis Het Loo" — die letzte Residenz von Königin Wilhelmina, vor ihrer Abdankung —, das Museum „Kröller Müller" mit seiner berühmten Van Gogh-Sammlung, oder das „Open-Air-Museum" mit seinem herrlichen Park, mit typischen Bauernhäusern und Windmühlen besuchen wollten.

Gleich wie die Wahl ausfiel, das Wetter des Tages war herrlich, und die Exkursion bot vielfältige Gelegenheit, sich nicht nur im Land umzusehen, sondern auch sich mit Freunden und Bekannten während der Fahrt zu unterhalten.

Ballabend

Am Freitag Abend — nach Abschluß der Vorträge und Diskussionen — waren alle Teilnehmer und Gäste zum großen „Gala-Abend" im Grand Hotel Huis der Duin in Noordwijk eingeladen. Mr. van Bree, der Vorsitzende des Industrieverbandes der Niederlande (Netelcom), begrüßte alle Gäste im Namen des Verbandes und gab die Bühne frei für eine hervorragende Show. Zwei Kapellen spielten später zum Tanz. Höhepunkt des Abends war ein spezielles Feuerwerk zu Ehren der FITCE, bei dem zum Schluß die Verbindung Den Haag — Athen zum Vorschein kam.

Generalversammlung

Mr. Leo Verbruggen, Generalsekretär der FITCE, dankte rückblickend nochmals der deutschen Verwaltung und der VHP für die Ausrichtung der 24. europäischen Fernmeldetage, dem unvergeßlichen 4. Kongreß in der Bundesrepublik Deutschland.

Er verlas anschließend den Tätigkeitsbericht der FITCE und gab einen Überblick über die Arbeit der Kommissionen.

Sein Bericht wird in der nächsten Revue veröffentlicht. Entsprechend der Satzung der FITCE, wonach eine Präsidentschaft von einem Jahr maximal um ein weiteres Jahr verlängert werden darf, trat M. Marino Benedetti, der 1984 zum Präsidenten gewählt worden war, von seinem Amt zurück. Als Nachfolger wurde, auf Vorschlag unseres luxemburgischen Kollegen, M. Charles Dondelinger gewählt. (Die Satzung regelt die Reihenfolge der Präsidentschaft nach dem französischen Alphabet der Mitgliedsländer — Italien — Luxemburg)

Mr. Charles Dondelinger bedankte sich für die Ehre, die ihm zuteil wurde und erinnerte daran, daß damit wieder eine neue „Tour d'Europe" beginne. Mr. Wolff aus Luxemburg war 1961 der erste Präsident der FITCE, Mr. Bernard übernahm 1972 in Stuttgart.

Er dankte Marino Benedetti für die Arbeit der vergangenen zwei Jahre, der mit seiner großen internationalen Erfahrung und Anerkennung der FITCE einen großen Beitrag geleistet habe.
„Die mehr als 5000 Mitglieder der FITCE werden auch in Zukunft einen entscheidenen Beitrag zur Schaffung einer europäischen Telekommunikation leisten.
Die FITCE hat keine offizielle Rolle bei der Zusammenarbeit der internationalen Verwaltungen, aber man darf den Einfluß nicht unterschätzen, den sie ausübt bei der Motivation ihrer Mitglieder und bei der Festigung privater und beruflicher Beziehungen unter den europäischen Fernmeldeingenieuren".
Traditionsgemäß wurden zum Schluß der Generalversammlung die nächsten Termine bekanntgegeben. Mr. K. Maravelas lud alle Mitglieder der FITCE nach Athen ein, wo im nächsten Jahr, vom 31. August bis 05. September die 26. europäischen Fernmeldetage stattfinden.
M. F. Castanheira sprach im Namen seiner Vereinigung für 1988 eine Einladung nach Lissabon aus.

Schlußbankett

Eingeladen hatte die PTT. Wie Mr. C. de Jong betonte, war man gern dieser Gepflogenheit nachgekommen, jedoch sei es für Spitzenmanager der PTT z. Z. schwer, Termine einzuhalten, was auch der Grund dafür sei, daß bei der Eröffnung niemand zugegen war. „Der Verwaltung stehen tiefgreifende Veränderungen bevor, die volle Aufmerksamkeit und unverzügliches Handeln erfordern.
Die letzte tiefgreifende Änderung fand meiner Meinung nach vor einem halben Jahrhundert statt, als die Automatisierung des Fernsprechnetzes einsetzte. Das Fernmeldewesen selbst ist ungefähr 100 Jahre alt. Folglich ist das nächste bedeutende Ereignis in 50 Jahren zu erwarten, vorausgesetzt, die Entwicklungen überstürzen sich nicht und es tritt bereits in den nächsten 25 Jahren

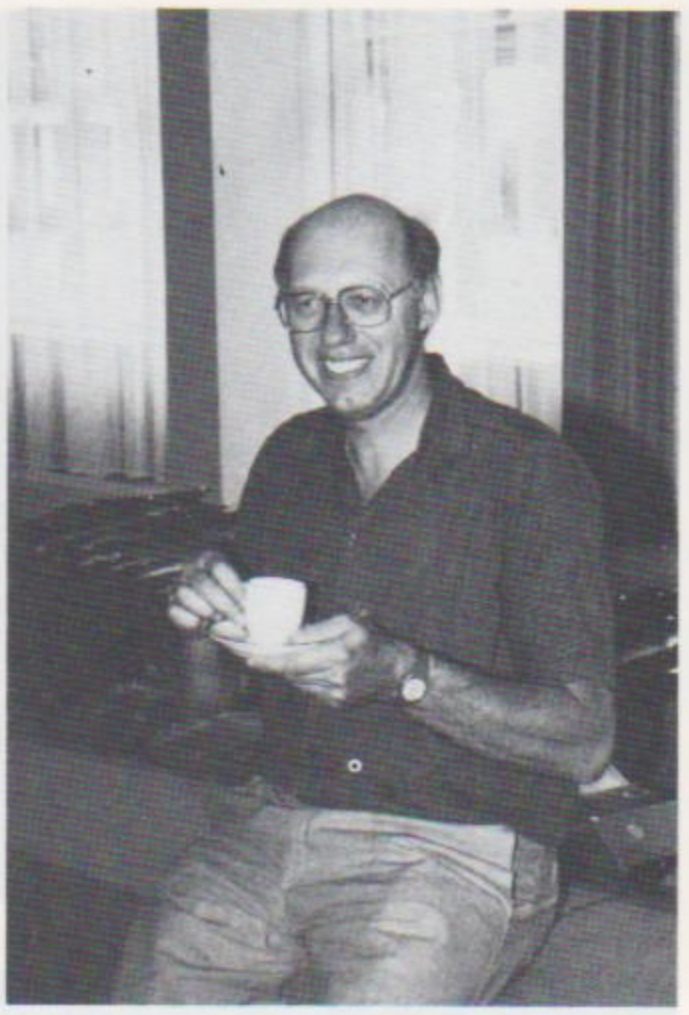
Direktionskomitee

Präsidentenwechsel

Mr. Maravellas: Einladung nach Athen (31. 08.–05. 09. 87)

Mr. Castanheira: Einladung nach Lissabon (1988)

Mr. de Jong PTT, NL



Zufriedene Organisatoren: Kollege Zanting und Frau Grimmelikhuijse-Brieko konnten aufatmen – die Tagung war zu Ende.

Schlußbankett

Mr. Benedetti überreicht Mr. J. E. Santos Pato, Portugal, den Preis für den besten Vortrag

ein. Wie dem auch sei, eins ist sicher, in 25 Jahren feiert die FITCE ihr goldenes Jubiläum und ich kann mit gutem Gewissen vorhersagen, daß das ein genauso bedeutendes Ereignis sein wird wie das heutige.

Auf einen Aspekt möchte ich allerdings an dieser Stelle noch eingehen, weil ich hier nämlich genau an der richtigen Adresse bin. Ich meine die internationale Zusammenarbeit. Gerade durch die moderne Telekommunikationstechnik ist die Welt kleiner geworden. Gleichzeitig stellt die Technik eine der größten Herausforderungen unserer Zeit dar. Im Gegensatz zu beispielsweise den USA und Japan ist Europa auf dem Gebiet der Telekommunikation zersplittert. Kein einziges Land, möge es noch so groß sein, kann in diesem Bereich autark sein. Nur ein gemeinsames, zielbewußtes Vorgehen der Länder Europas gewährleistet, daß jedes einzelne Land auch in Zukunft eine bedeutende Rolle spielen kann. Formen der internationalen Zusammenarbeit wie die FITCE sind daher nur zu begrüßen, und ich wünsche der FITCE im vollen Vertrauen in die Effektivität ihrer Zusammenarbeit von ganzem Herzen weitere 25 Jahre fruchtbarer Tätigkeit."

Mr. Charles Dondelinger — der neue Präsident — dankte im Namen der FITCE insbesondere im Namen aller Teilnehmer und wünschte allen einen guten Heimweg und ein glückliches Wiedersehen im nächsten Jahr in Athen.

Werner Hufnagel

AUS DEN BEZIRKEN

STUTTGART

Der Präsident des Deutschen Bundestages Gast beim Bezirksverein Stuttgart

Es ist in unserem Bezirksverein guter Brauch, einmal im Jahr eine Vortragsveranstaltung mit einem prominenten Gastredner anzusetzen. Nach so profilierten Gästen wie dem früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes Gebhard Müller, dem Vizepräsidenten des DIHT Roland Klett, Bischof Moser, Bundesforschungsminister Riesenhuber und DPG-Chef van Haaren war allerdings in diesem Jahr eine Steigerung kaum mehr möglich. Gleichwohl haben wir diesmal mit dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Philipp Jenninger, absolute Spitze geschafft.

Dr. Jenninger war am 4. September d. J. unser Gast und sprach vor einer großen und interessierten Kollegenschar über das Thema: „Der politische Kompromiß — Flucht vor der Entscheidungskonsequenz?"

Dr. Jenninger interpretierte das Thema aus der Sicht eines dem Bundestag seit 1969 angehörenden Politikers. Abseits ausgefahrener Gedankengänge verknüpfte er die Thematik mit aktuellen Fragen aus Gesellschaft und Politik. Der Vortrag ist es wert, nachfolgend wenigstens skizzenhaft wiedergegeben zu werden:

Dr. Jenninger wertete zunächst den Kompromiß als Wesen der Demokratie, als friedlichen Ausgleich von Gegensätzen in Politik, Familie, Gesellschaft. Auch in der Geschichte habe der Kompromiß stets eine Rolle gespielt, wie beispielhaft das Ende des Dreißigjährigen Krieges zeige.

Gleichwohl habe der Kompromiß häufig einen unangenehmen Beigeschmack, was bei uns seine Ursache unter anderem in der immer noch nachwirkenden obrigkeitlichen Tradition oder einem manchmal übergroßen Harmoniebedürfnis habe.

Im Gegensatz zu uns stehe in Großbritannien, dem Mutterland der Demokratie und des Parlamentarismus, die Lehre vom Kompromiß in weitaus höherem Ansehen als bei uns.

Hingegen habe sich die deutsche Neigung, den Kompromiß als etwas Zweifelhaftes, ja Unmoralisches zu betrachten, vor allem in der Weimarer Republik in verhängnisvoller Weise ausgewirkt.

Auch der Marxismus-Leninismus lehne wirkliche Kompromisse grundsätzlich ab, akzeptiert werden nur „taktische Kompromisse".

Familie, Beruf und Politik lieferten immer wieder Beweise dafür, daß „faule" Kompromisse nichts bewegen und mit dem ursprünglichen Anliegen nichts mehr zu tun haben.

Dennoch habe der politische Kompromiß mehr Vorteile als Nachteile, er bleibe lebensnotwendig für Gemeinwesen und Kultur.

Die Fähigkeit zum Kompromiß werde auch dadurch geprägt, wie man sich gegenüber dem politischen Gegner verhalte. Dieser Aspekt bereite Sorge.

Der Vorrat an Gemeinsamkeiten in unserem Lande schrumpfe. Es werde zusehens schwerer, im Streit der Parteien, und zwar sowohl auf der Bühne der Parteien als auf der Ebene der intellektuellen Auseinandersetzung über den Zustand und die Zukunft der Republik, noch tragende Grundübereinstimmungen zu erkennen.

Die scharfen Polemiken, die im Parlament ausgetauscht werden, stünden in einem offenen Gegensatz zu der faktischen Begrenztheit der praktischen Alternativen, die den politischen Parteien offen stehen.

Unsere Demokratie leide zunehmend an Gesprächs- und Gehörlosigkeit. Notwendig sei es, daß wir mehr denn je einander zuhören, aufeinander hören, aufeinander zugehen. Man müsse auch bereit sein, die eigene Position in Frage zu stellen, denn das sei doch der große Grundgedanke unserer Demokratie, daß alle menschliche Erkenntnis notwendig unvollkommen sei und infolgedessen niemand das Recht habe, dem anderen seine Meinung aufzuzwingen.

Zu einer wahrhaft demokratischen Überzeugung gehöre eben auch das Wissen, daß man selbst irren könne. Deshalb gehöre zur Demokratie die Toleranz, der Respekt vor Meinung und Überzeugung anderer und vor ihrem Recht, ihre Ansichten zu vertreten und damit auch der Mut zum Kompromiß.

An Toleranz scheine es indessen hierzulande besonders zu mangeln.

Dabei sei Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit eines modernen Staates,

daß Gruppen und einzelne auf die totale Durchsetzung der eigenen Werte und Interessen zu Gunsten des Gemeinwesens verzichten.
Ein Beispiel vorbildlicher Kompromißfindung innerhalb unseres Verfassungsgefüges sei der Vermittlungsausschuß; man könne ihn als geradezu institutionalisierten Kompromiß bezeichnen. Carlo Schmid habe ihn einmal als „besonders glückliche Neuerung des deutschen Verfassungsrechts" gewürdigt, und ein hier zustandegekommener Kompromiß könne schon gar nicht als Flucht aus der Entscheidungskonsequenz verstanden werden.
Der Bundestagspräsident warf noch einen Blick auf die zweite Hälfte der 60er Jahre, auf die Zeit der Großen Koalition und die Zeit des Aufbegehrens an den Hochschulen. Auf der einen Seite der gewissermaßen institutionalisierte Kompromiß in der Großen Koalition, auf der anderen Seite eine Bewegung, die sich betont kompromißlos darstellte und in deren Ideologie unser System verächtlich als „Formaldemokratie" erschien, die es zu bekämpfen galt. Rückschauend könne man wohl heute feststellen, daß zwischen dem „Ausnahmefall parlamentarischer Machtausübung und dem Entstehen der sogenannten Protestbewegung eine innere Wechselbeziehung bestand".
So weit Dr. Jenninger.
An den Vortrag schloß sich noch eine lebhafte Aussprache an, die uns Gelegenheit gab, auch unsere berufspolitischen Anliegen dem Präsidenten des Deutschen Bundestages und Gästen aus Politik und Wirtschaft nahezubringen.
Paul Burkhart

Herbstausflug des Bezirksvereins Stuttgart

Groß war auch dieses Jahr wieder das Interesse unserer Kollegenschar und ihrer Familien am Herbstausflug unseres Bezirksvereins. Schließlich entsprach das Programm bewährtem Rahmen.
Am Sonntag, dem 14. September, trafen wir uns bei leider etwas feuchtem Wetter auf dem Höhenrücken der Schwäbischen Alb, unweit Geislingen (Steige), bei einer Richtfunkstelle der Post. Wir bekamen hier zunächst einen Einblick in den modernen Funkübertragungsbetrieb unseres eigenen Unternehmens, garniert mit Speis' und Trank zur Stärkung für den weiteren Programmablauf. Der bescherte uns zunächst einmal die Besichtigung einer nahe gelegenen Windkraftanlage der Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt mit Rotoren von bis zu fünfzig Metern Durchmesser. Diese Anlage für alternative Energiegewinnung war in der Tat einen Besuch wert. Nach rund 45minütiger Wanderung statteten wir einer postalischen Satelliten-Empfangs-Station einen kurzen Besuch ab. Von da führte der Weiterweg zum fröhlichen Ausklang zu einem inmitten des Waldes gelegenen Schützenhaus, wo wiederum für das leibliche Wohl bestens gesorgt war. Auch wer zum Sportschießen Lust und Mut hatte, kam voll auf seine Kosten.
Die hervorragende Organisation des Ausflugs lag diesmal in den Händen unserer tüchtigen Ulmer Kollegen. Ihnen sei von hier aus nochmals gedankt.
Auf unserem Veranstaltungsprogramm stehen als nächstes ein Besuch des Württembergischen Landesmuseums am 11. 11. 1986 und das Adventskaffeetrinken am 7. 12. 1986.
Paul Burkhart

WENN EINER EINE REISE MACHT

Einige Bemerkungen zu einer österreichischen Postakademiker-Fahrt nach Westböhmen/CSSR mit bayerischer VHP-Beteiligung . . .

Es begann pünktlich am Donnerstag, 28. August 1986, 09.55 Uhr. Ein österreichisches Posthorn erschallte höchst unerlaubt in Bayern und ein österreichischer Reiseomnibus, traditionell in postgelb, Marke Mercedes, Typ 303 (fast neu) mit 41 Damen und Herren der Postdirektionen Linz und Graz bogen in den Parkplatz der Glashütte Theresiental bei Zwiesel, Bayer. Wald. Der Führer der österreichischen Kollegen war der neue Obmann des Vereins der Postakademiker Linz, Dipl.-Ing. F. Dorfner. Der eigentliche Organisator der Reise, der Hofrat Lackinger aus Salzburg, konnte leider wegen einer plötzlichen Erkrankung an der Fahrt nicht teilnehmen. Nach einer Besichtigung der Glashütte, wobei uns gezeigt wurde, wie das mundgeblasene Glas entsteht, gabs ein gutes Mittagessen im Gasthof zur Waldbahn in Zwiesel. Sogar der Präsident Kronthaler der Oberpostdirektion Regensburg ließ es sich trotz seines Erholungsurlaubes nicht nehmen, die österreichischen Postkolleginnen und Kollegen in seinem Direktionsbereich sehr herzlich und recht spritzig zu begrüßen. Am Nachmittag ging's für die Reisegesellschaft noch zu Fuß um den großen Arbersee unter der sehr sachverständigen Führung des Postlers und Naturexperten Karl Kraus vom PA (V) Regen, Bayer. Wald.

Dann ging die Reise weiter am späten Nachmittag über die bayerisch/tschechische Grenze. Bayerisch Eisenstein ist auch ein Ort, der durch den eisernen Vorhang brutal geteilt worden ist. Es war wie ein Eintritt in eine andere Welt. Verfallene, leblose Häuser, eine völlig einsame Grenzstation, abgesichert durch elektrische Zäune, für westeuropäische Verhältnisse null Grenzverkehr. Das notwendige tschechische Visum für die bayer. Postler (Josef Pauli aus München und der Berichterstatter) besorgten die österreichischen Kollegen über die tschechische Botschaft in Wien. Ein dreiseitiger Fragebogen war auszufüllen, dazu mußten 2 Bilder neuesten Datums vorgelegt werden. Nach Bearbeitung und einer positiven „Verbescheidung" war sogar das Geburtsdatum einer deutschen Reiseteilnehmerin richtig (Ehefrau des Berichterstatters). Nicht wie leicht unrichtig 40 Lebensjahre, sondern richtig 45 Jahre. Dies war eine erstaunliche österreichi-

BHW DISPO 2000.
Der Bausparvertrag,
der auch Ihren
Pflanzen
ein Zuhause gibt.

BHW DISPO 2000. Die neue Freiheit beim Sparen und Bauen.

Damit können Sie eine ganze Menge anfangen. Auch einen Wintergarten anbauen. Aber das ist noch längst nicht alles. Mehr darüber im neuen *BHW-Bauspar-Buch.* BHW Bausparkasse für den öffentlichen Dienst, Postf. 10 13 22, 3250 Hameln 1, Btx * 55 255 #

BHW
Die Bausparkasse mit Ideen

sche Präzisionsarbeit, die tschechische Botschaft in Wien weiß eben alles!
Bei der Grenzkontrolle mußten alle Teilnehmer den Bus verlassen und insgesamt dauerte die Kontrolle 1 ½ Stunden. Bei der Kontrolle erschien auch ein sehr vornehmer tschechischer Hauptmann mit Lederhandschuhen und fragte jeden u. a. welche Kamera haben Sie, haben Sie einen Walkman dabei? Die Einfuhr von tschechischen Kronen ist streng verboten. Sie können aber hier an der Grenze DM gegen tschechische Kronen umtauschen. Kurs 1 : 5 (sehr schlecht!). Der bayerische Postkollege aus München tauschte hier brav 50 DM zu diesem Kurs in Kronen um. Folge: Am Abend im Grandhotel Moskva in Karlsbad reichten diese Kronen gerade für 4 Bier und 4 Aperitifs für 4 Personen!
Nach 150 km schmaler und enger Landstraßen — fast immer in Alleinfahrt — erreichte der Bus dann am Donnerstagabend Karlsbad. Dort wurden wir im Grandhotel Moskva (Kategorie A+), malerisch gelegen am Fluß Eger in einem steilen Waldtal, untergebracht. Das ganze Hotel erstrahlte in einer verblichenen Eleganz der Jahrhundertwende. Zum Beispiel war über dem Treppenperser noch ein endloser Schmutzfängerläufer angebracht. Dazu gabs windschiefe Schränke in den Zimmern, aber das Bad war lila, das warme Wasser floß ziemlich kalt aus alten Hähnen.
Am Freitag zum Frühstück im Spiegelsaal erschien als Reiseleiter im Stil eines kleinen großen Bruders Herr Hajek. Er machte, sagte und sah in Zukunft alles. An harten Devisen (DM, ÖSh) war er sehr interessiert. Sein Kurs war 1 : 10, ebenso auch der vornehme Chefportier des Hotels im schäbigen Hinterstübchen des Empfangs! Herr Hajek führte uns immer nur zu den schönen Orten, bei Sonderwünschen, wie eine Kirche zu besuchen, hörte er nicht richtig, bzw. die Kirche war dann geschlossen und zur Zeit in Überholung. Für die berühmten Karlsbader Oblaten standen wir geduldig in einem Geschäft an; gekauft wurden schließlich 2 große Pappkartons voll süßer Oblaten. Die Nachansteher bekamen nichts mehr und waren böse über die unmäßigen Käufer aus dem goldenen Westen.
Das Mittagessen am Freitag wurde oberhalb von Karlsbad im Landgasthof Linhard eingenommen. Hier war früher — wie fast überall hier — auch schon Goethe da. Deshalb gibt's hier unter Traumbäumen eine Goethewarte. Wir verzehrten gute Forellen und sehr gutes Bier (0,3 l) zu 7 Kronen (schwarzer Kurs = 0,70 DM).
Am Nachmittag Busfahrt nach Joachimstal, jetzt Jachymov im Erzgebirge. Joachimstal liegt am Fuß des Keilberges, jetzt Klinovec. Der Keilberg ist die höchste Erhebung des Erzgebirges (1244 m). In diesem Gebiet wird seit 1854 Uranerz gewonnen. In letzterem entdeckte das Ehepaar Curie das Radium. Joachimstal soll übrigens früher ausgesprochen hübsch gewesen sein, so erzählten einige österreichische Postkollegen mit böhmischer Abstammung. Heute ist allerdings das meiste leblos, nicht bewohnt und verfallen, grau in grau und unansehnlich. Der Bus fuhr hinauf auf den Keilberg, hier vorbei an Wäldern mit erschreckend großen Waldschäden! Von der Spitze des Berges aus war ein sehr häßlicher, riesiger Braunkohletageabbau zu sehen, eingerahmt von großen Kraftwerksanlagen! Dazu als „Verzierung" gigantische Kamine, eingehüllt in dunkle Wolken. Vom Keilberg gings weiter, fast an die Grenze zur DDR, wir sahen das Sportzentrum Oberwiesental von der tschechischen Seite aus groß daliegen.
Hier in diesem Gebiet der Tschechoslowakei verkehrte eine größere Zahl von Traumautos (für die Tschechen!), nämlich der Trabant aus der DDR. Dazu gab's noch MZ-Motorräder mit Beiwagen für Frau und Kind. Die DDRler fuhren an diesem Nachmittag mal schnell über die Grenze, weil es gerade in der CSSR Bananen gab. Im übrigen sind wir mit den ostdeutschen Landsleuten immer schnell ins Gespräch gekommen. Sie haben sich durchwegs freundlich und sehr an uns interessiert gegeben.
Der Abend wurde beschlossen wieder in Karlsbad außerhalb des Hotels Moskva in einem Jugendstil-Weinlokal (Rosis Weinlaube). Es war dies ein kleines, gemütliches Lokal mit einem deutschsprachigen Ober, der uns einen guten herben mährischen Riesling zu 13 Kronen (= 1,30 DM) pro 0,7 l-Flasche servierte.
Am Samstag gab's eine Fahrt zu den Bädern Franzensbad und Marienbad. Wir nahmen dabei hier ein Schlückchen heilsames Wasser und da eine kostenlose Wasserprobe von leicht schwefliger Beschaffenheit. Die Folge war durchschlagend! Das in den Quellen enthaltene Karlsbader Salz hätte uns eigentlich bekannt sein müssen. Wegen der heilsamen Wässerchen gab's nebenbei (Pardon!) für den ganzen Omnibus jedoch keine Verstopfungsprobleme.
Das Wetter war insgesamt durchwachsen, manchmal war es jedoch recht kalt. Der böhmische Wind aus dem kalten Osten war vorherrschend. Es half nichts, daß eine sehr charmante österreichische Kollegin (Dr. H. L.) trotz der Kälte nur mit heißen Sommerfähnchen, Sommerschmuck und dazu passendem weißen Täschchen lustwandelte.
Am Samstag abend wurden wir in Marienbad im Hotel Esplanade (Kategorie B+) einquartiert. Insgesamt machte Marienbad auf uns einen sehr guten Eindruck, da dieser Ort zur Zeit im Rahmen eines 10-Jahresplans total renoviert und im alten Stil wiederhergestellt wird. Am Abend hatte das Hotel sogar eine heiße Disco! Gute Musik bei nur Kerzenlicht und einem rotierenden lila Scheinwerfer. Bis der vornehme Ober jedoch einen Wein herausrückte, verging fast eine Stunde. *Und:* Schlag 22.00 Uhr, als es fast innig wurde, strahlende Festbeleuchtung und Ende. Nichts gab's mehr. Nur in der fürstlichen Suite des Berichterstatters fiel der ganze Vorhang auf den Armen, als er die Flügeltür zum Balkon öffnen wollte. Bei einer Raumhöhe von 4 m war ein Wiederaufhängen unmöglich.

Am Sonntag, 31. 08. 86, ging's mit dem Bus nach Pilsen. Dort wurde das bekannte Pilsener Biermuseum besichtigt. Viele Geräte, Geschichten, Fässer, Flaschen etc. rund um die Bierherstellung, aber kein echtes Bier zum Kosten! Zum 3. Mal gab's dann mittags ein Champignon-Kotelett, runtergespült mit gutem Pilsener Bier. Aber immer nur höchstens eins vom müden Kellner gebracht. Dann verließ uns der große Aufpasser Hajek, vielleicht sehen wir uns einmal im Westen wieder, ich bin ja völlig unabhängig!
Die Einreise erfolgte wieder über Bayerisch Eisenstein. Diesmal ging's schneller. Nur 3 Koffer wurden flüchtig betrachtet. Und: Sie können hier noch einkaufen. Sonst war es im übrigen mit dem Einkaufen recht schlecht bestellt. Entweder waren die Geschäfte geschlossen oder hatten kein anlockendes Angebot. Die Dekorationen in den Auslagen waren auf dem Stand von etwa 1950 bei uns. Das echte Pilsener Bier im Omnibus störte an der Grenze niemanden, auch nicht die toleranten bayerischen Zöllner, die sehr freundlich die österreichischen Postkollegen wieder einreisen ließen (ohne jegliche Frage nach einer etwaigen Demonstration in Bayern).
Und: Zum letzten Abschied erscholl verbotswidrig in Zwiesel das österreichische Posthorn des Postbusses. Schön war's! Dank an die österreichischen Postkollegen! Die österreichischen Kollegen veranstalten übrigens jedes Jahr eine solche Kollegenreise und nehmen gerne nicht nur bayerische Postkollegen mit. Sehr zur Nachahmung empfohlen!

PS: Postkarten wurden auch verschickt!
1. Klinovec/Keilberg (bei Joachimstal) nach Regensburg, E + 9,
2. Karlovy Vary/Karlsbad nach Hannover, E + 10,
3. Cheb/Eger nach München, E + 9, ohne Abstempelung!

Nicht zur Nachahmung empfohlen!
F-J. Schöberl

REDAKTIONSTERMINE 1987

Auch im kommenden Jahr möchten wir Ihnen unsere Zeitschrift pünktlich zukommen lassen. Wir haben deshalb folgende Termine festgelegt:

Heft	Redaktionsschluß	Erscheinungstermin
1/86	08. 01. 87	10. 02. 87
2/86	06. 03. 87	10. 04. 87
3/86	07. 05. 87	10. 06. 87
4/86	08. 07. 87	10. 08. 87
5/86	09. 09. 87	12. 10. 87
6/86	10. 11. 87	10. 12. 87

Wir bitten Sie daher, uns Ihre Beiträge bis zu den genannten Terminen des Redaktionsschlusses zu senden. Weiterhin gute Zusammenarbeit.

Ihre Redaktion

Profile großer Denker

Exemplarische Skizzen von Sokrates bis Bloch.
Von Dr. Frieder Lauxmann.
1986. 116 S. Kt. DM 9,80.
ISBN 3-8226-1386-X
(Heidelberger Wegweiser)

Dieser *Wegweiser* zeigt, daß man über Philosophie auch einleuchtend und verständlich schreiben kann. Das Lebensschicksal und die jeweils wichtigste, zentrale Idee von achtundzwanzig großen Denkern von Sokrates bis Bloch werden hier so vorgestellt, daß der Leser gewiß Lust verspürt, sich mit dem einen oder anderen näher zu befassen.

R. v. Decker & C. F. Müller
Im Weiher 10 · 6900 Heidelberg 1 · Tel. 06221/489267

KLEINE ANMERKUNGEN ZU GROSSEN DENKERN

Johann Valentin Andreae: Auf den Spuren des Bruders Christian Rosenkreuz

Zugleich ein Beitrag zu seinem 400. Geburtstag

Es geht hier um einen Mann, den man kaum noch kennt, der aber die deutsche Geistesgeschichte mehr als mancher berühmte Denker beeinflußt hat. So ganz unterschiedliche Bewegungen wie Freimaurer, Pietisten, Theosophen und — vor allem — Rosenkreuzer leben heute noch direkt oder indirekt von seinen wenig bekannten Werken. In Stuttgart erinnert eine Kirche, die seinen Namen trägt, an diesen Zeitgenossen von Johannes Kepler und Heinrich Schütz. Was er wirklich wollte, ist heute nicht mehr ganz herauszubringen. Manches ist verschollen oder unzugänglich, manches unklar, manches rätselhaft und manches immer noch nicht aus seinem hochkunstvollen Humanistenlatein übersetzt. Der 1586 im württembergischen Städtchen Herrenberg als Sohn eines lutherischen Pfarrers geborene Andreae scheint sich als Student der Theologie in Tübingen und mit Freunden zusammen einen imaginären Geheimbund ausgedacht zu haben. Als Gründer dieses Phantasiebundes wird ein Christian Rosenkreuz beschrieben, dessen Leben in das 15. Jahrhundert verlegt wird. Der Name wurde von dem Andreae-Wappen — einem mit Rosen ausgeschmückten Andreaskreuz — abgeleitet. Was sollte aber bewirkt werden, als 1614, 1615 und 1616, also kurz vor dem 30jährigen Krieg anonyme Schriften erschienen, die sich auf die Geheimbruderschaft und deren „legendären" Gründer Christian Rosenkreuz bezogen? Andreae selbst mußte sich, als er im Dienst der strenggläubigen lutherischen Kirche stand, wiederholt von der vermutlich ohne seine persönliche Einwirkung entstandenen rosenkreuzerischen Bewegung distanzieren. Waren die Schriften ein „irreführender Scherz", wie er später schrieb, und hatte er etwas angestoßen, was er gar nicht wollte?

Die Brüder des Geheimbundes mußten geloben, „getreu, embsig und verschwiegen zu sein". Sie sollten sich unerkannt im Land verteilen und „keiner solle sich keiner andern profession außthun, dann krancken zu curiren und diß alles umbsonst." Nur einmal im Jahr sollten sie sich treffen, und der ganze Bund, in dem jeder Bruder selbst für seinen Nachfolger sorgen mußte, soll 100 Jahre geheim bleiben.

Noch eigenartiger als diese in die Vergangenheit hineinprojezierte Bruderschaft ist aber der Bericht über die „Chymische Hochzeit Christiani Rosenkreutz". Diese Geschichte ist ein erzähltes Sammelsurium von magischen, alchemischen, heute könnte man vielleicht sagen archetypischen Vorgängen und Erlebnissen. Christliche, jüdische und arabische Symbole und Gestalten begleiten den Ritter Rosenkreuz auf seinem abenteuerlichen Weg zur „chymischen Hochzeit". Der Ritter muß Prüfungen bestehen, wird von geschmückten Jungfrauen zu Festen und Gesängen geleitet, Leichen werden schauerlich behandelt, die nackte Venus erscheint, mit Homunkulus wird experimentiert. Der Ritter fällt in tiefe Türme, magische Geheimschriften werden gezeigt, geflügelte Boten mit Trompeten und hunderte andere Dinge künden von verborgenen Beziehungen. Wo und wie die eigentliche Hochzeit stattfindet, wird dem Leser nicht klar. War der Bruder Christian ein ferner Vorläufer des Landvermessers Josef K. auf Kafkas Schloß? Die Erzählung wird nicht zu Ende geführt, denn der Autor ist, „da er vermeinet, er muste morgens Thorhüter sein, heim kommen".

Andreaes nächste Schrift, zu der er sich diesmal als Autor bekannte, war die erste in Deutschland entstandene Utopie unter dem Titel „Christianopolis". Im Gegensatz zu den Rosenkreuzerschriften ist sie lateinisch geschrieben, wie auch sein Faustdrama „Turbo", sein pädagogischer Dialog „Theophilus" und viele andere Werke. Andreae kannte die „Utopie" von Morus, aber er stellte sich die ideale Gemeinschaft etwas anders vor. In Christianopolis, das fast den gleichen Grundriß hat, wie das damals entstehende Freudenstadt im Schwarzwald, leben nur fleißige, frohe, brave, biedere und vor allem erzfromme Christen eines Bekenntnisses, das sich rein „zufällig" in nichts vom Augsburgischen unterscheidet. Immerhin: es herrscht, ähnlich wie in Utopien eine Art von Kommunismus, es gibt weder Geld noch Eigentum. Das regierende Triumvirat wird vom Volk gewählt. Buben und Mädchen erhalten die gleiche Schulbildung, wie überhaupt die pädagogischen Aussagen über Christianopolis die interessantesten sind. Aber während Morus seine Utopie von einem alten Weltenbummler erzählen läßt, entdeckt Andreae seine Insel auf ganz andere Art: Er bestieg das „Schiff der Phantasie" und segelte auf dem „Akademischen Meer". Und wo liegt das legendäre Christianopolis? Andreae antwortet darauf, er habe sich selbst eine Stadt erbaut, in der er die Herrschaft ausübe. „Und wenn du meinen schwachen Körper für diesen Staat hältst, rätst du nicht allzuweit von der Wahrheit fort." Dieser Satz dürfte des ganzen Rätsels Lösung sein. Die menschenfreundliche Geheimbruderschaft, die archetypischen Erlebnisse und der Idealstaat, sie erscheinen beim tiefen Eindringen in das Unbewußte. Andreae schilderte die Verbindung von Leib und Seele (chymische Hochzeit) und eine Art himmlisches Jerusalem als Abenteuer der Seele. Die Folgen aber wurden real. Gemeinschaften, die heute noch existieren, (gelegentlich auch recht zweifelhafte), Stadtgründungen wie z. B. Korntal und Neuwied und manches mehr.

Andreaes weiterer Lebensweg: Als Superintendent in Calw kämpfte er im 30jährigen Krieg um das Überleben seiner Gemeinde in der zerstörten Stadt und gründete karitative Einrichtungen. Später wurde er Hofprediger in Stuttgart. Er starb 1654 bei Göppingen.

Frieder Lauxmann

WAS ERWARTET EIN UNTERNEHMEN DER FERNMELDEINDUSTRIE VON DER DEUTSCHEN BUNDESPOST?

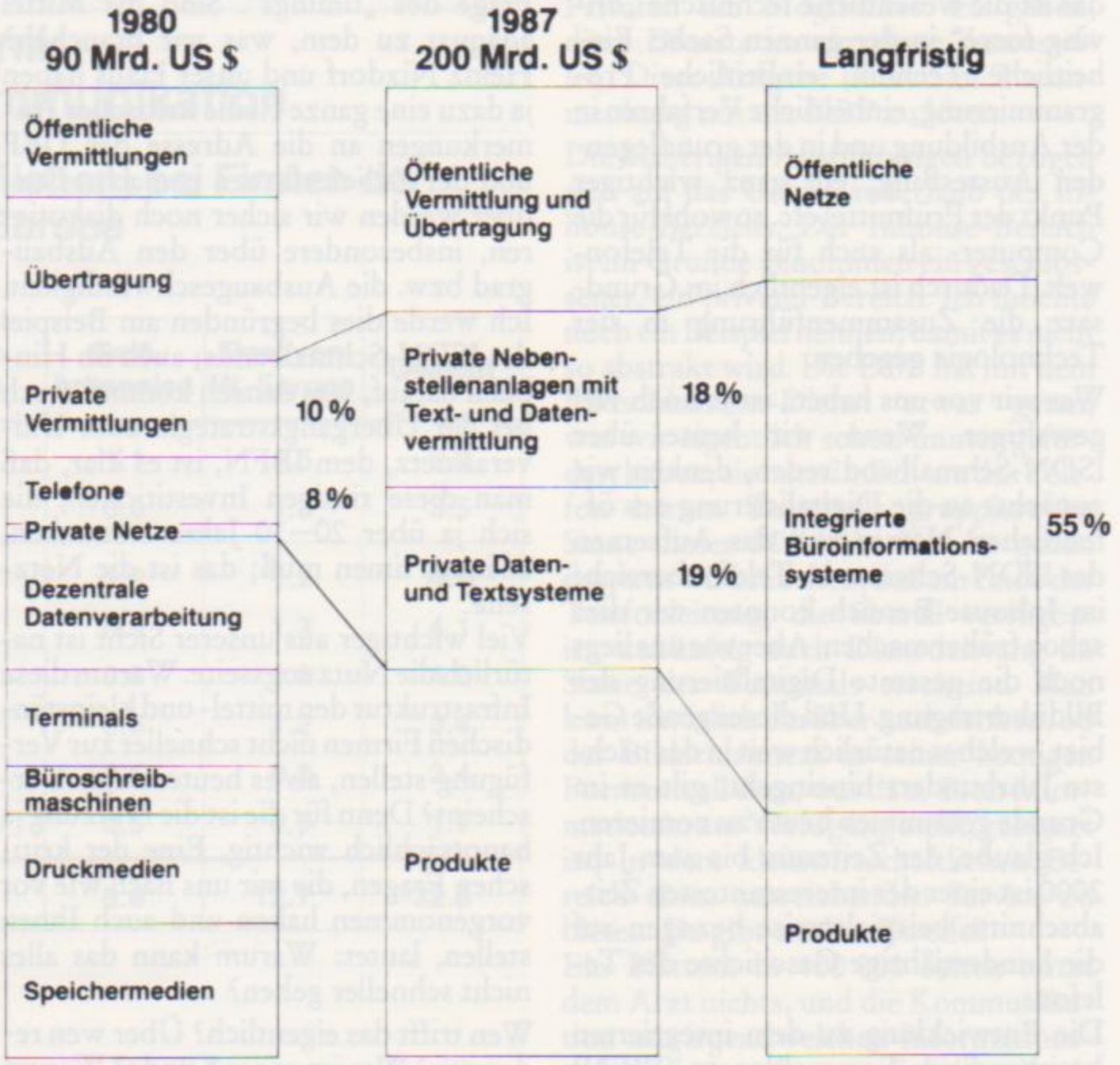
Vortrag von Herrn Dr. Karl-Hinrich Vöge, Fa. Nixdorf, gehalten auf dem VHP-Delegiertentag 1986 in Karlsruhe

Meine Damen und Herren,
der Weltmarkt der Informationstechnik ist in einem sehr bewegten Wandel begriffen. Ich spreche hier natürlich lediglich für das Haus Nixdorf; meine Ausführungen sind aber sicherlich stellvertretend für die gesamte deutsche Fernmeldeindustrie.
Anhand von verschiedenen Darstellungen möchte ich Ihnen verdeutlichen, daß in den siebziger und frühen achtziger Jahren die Aufteilung der Fernmeldenetze und Fernmeldedienste ganz klar war (Bild 1). Inzwischen sind wir im Fernmeldewesen dabei, diese einzelnen Rubriken in den nächsten 20 Jahren in eine ganz andere Welt zu überführen, nämlich in die Welt der integrierten Systeme. Wenn Sie die hier dargestellte zukünftige Entwicklung anschauen, dann sehen Sie, im Grunde genommen gibt es da selbstverständlich einen Bereich dezidierter Produkte, dann gibt es natürlich den Bereich der öffentlichen Netze – Vermittlung und Übertragung –, aber es gibt zunehmend einen Bereich, den man bei uns integrierte Informationsverarbeitung nennt; dieser Bereich ist der größte im sog. Investpotential.

Dies bedeutet für die Deutsche Bundespost, daß der Anteil der öffentlichen Netze am Volumen des Weltmarktes Informationstechnik geringer wird. Was passiert mit dem Geschäftsvolumen der DBP? Wir leben ja nicht vom Kleinerwerden, sondern vom Größerwerden; zumindest der prozentuale Anteil soll gehalten werden.
Die Diskussion über den Anteil der DBP an dieser Aufgabe hat bereits intensiv begonnen. Die DBP wird sich fragen: Wie wollen wir uns beispielsweise im Endgerätemarkt darstellen? Was ist denn nun Aufgabe dort? Welche Voraussetzungen müssen wir hinsichtlich des Personals treffen? Nach unserer Auffassung wird sich die Aufgabe der DBP wandeln. Sie wird sich wandeln von dem reinen Übermittlungs- bzw. Übertragungsbereitsteller, vom sog. carrier oder vom Anbieter von Dienstleistungen, welche definiert sind à la Bildschirmtext. Die Aufgabe wird sich wandeln, und Sie werden zunehmend auch Elemente der – wie wir das nennen – Inhouse-Welt, der Bürowelt, mitvermarkten.
Dazu stehen wir; ich werde dies nachher noch ein bißchen begründen. Dies war in den letzten Jahren durchaus ein heißer Punkt; er ist sicherlich in der Ausführung noch heiß, aber im Grundsatz abgeschlossen. Wie vieles, das wir in den siebziger und vielleicht auch noch Anfang der achtziger Jahre noch als kritisch oder als vollkommen gelöst angesehen haben, wir heute eigentlich weitgehend als im Grundsatz erledigt ansehen können. Darüber möchte ich nachher noch ein paar Ausführungen machen.
Wenn Herr Heinz Nixdorf hier stünde, hätte er Ihnen ein Wort zugerufen, wo er im Grunde genommen technisch seine Version hatte: die Digitalisierung. Das ist heute ein Thema, das man überhaupt nicht mehr so nebenbei ansprechen kann; das ist heute fast schon ein Allgemeinbegriff. Aber ich darf Sie kurz daran erinnern, daß in den siebziger Jahren Herr Nixdorf uns, den damals dort Tätigen, befohlen hatte, ne-

Nixdorf-Nachrichtentechnik

Der Weltmarkt Informationstechnik



Quelle: ADL Schätzungen (Jährlicher Weltmarkt)

ben dem Computerbereich auch das Telefon zu digitalisieren. Und da gab es auch noch kein ISDN in dem Sinne, wie Sie es heute kennen. Es gab zwar eine Vision, eine Idee, aber überhaupt nicht ausgeprägt.
Er gab uns damals Befehl zur Digitalisierung des Telefons, obwohl jeder Fachmann zu dieser Zeit wußte, daß dies unmöglich wirtschaftlich machbar war mit den damals verfügbaren Chips etc. Und Sie wissen heute, etwa 10 Jahre später, daß die Fa. Nixdorf und natürlich auch andere Hersteller hier in der Bundesrepublik Deutschland digitale Nebenstellenanlagen und Telefone in den Markt gebracht haben, die durchaus vergleichbar und in den Leistungen wesentlich umfangreicher als die analogen Systeme sind. Das heißt, wir haben eine schrittweise Digitalisierung, und das ist die wesentliche technische „driving force" in der ganzen Sache. Einheitliche Technik, einheitliche Programmierung, einheitliche Verfahren in der Ausbildung und in der grundlegenden Austestung; ein ganz wichtiger Punkt der Prüfmittel etc. sowohl für die Computer- als auch für die Telefonwelt. Dadurch ist eigentlich im Grundsatz die Zusammenführung in der Technologie gegeben.

Was wir vor uns haben, ist ja noch viel gewaltiger. Wenn wir heute über ISDN-Schmalband reden, denken wir zunächst an die Digitalisierung des öffentlichen Netzes und das Aufsetzen des ISDN-Schemas im Telefonbereich; im Inhouse-Bereich konnten wir dies schon früher machen. Aber vor uns liegt noch die gesamte Digitalisierung der Bildübertragung. Und dieses große Gebiet, welches natürlich weit in das nächste Jahrhundert hineingeht, gilt es im Grunde genommen heute zu nomieren. Ich glaube, der Zeitraum bis zum Jahr 2000 ist einer der interessantesten Zeitabschnitte beispielsweise bezogen auf die hundertjährige Geschichte des Telefons.
Die Entwicklung zu dem integrierten breitbandigen Fernmeldenetz (IBFN) ist klar, und ich möchte Ihnen ausdrücklich bescheinigen und auch bestätigen, daß die Fernmeldeindustrie und auch das Haus Nixdorf zu diesem phasenweisen Vorgehen stehen, wie es die DBP in ihrem Konzept zur Weiterentwicklung der Fernmeldeinfrastruktur beschrieben hat; unabhängig davon, welche Rolle wir im einzelnen dort spielen. Dies ist absolut unstrittig heute und überhaupt kein Thema. Wir reden hier ja nicht über ein paar Geräte oder Systeme, sondern wir reden über Milliardeninvestitionen und überhaupt die Frage einer Führung weltweit im CCITT. Aber wie weit gehen wir jetzt im ISDN-Breitband voran? Die Entwicklung ist im ISDN-Schmalband dank der Arbeit der DBP weit fortgeschritten.
Die grundlegenden Fragen sind unumstritten. Worüber der Streit geht, ist die Frage des „timings". Sind die Mittel adäquat zu dem, was wir brauchen? Heinz Nixdorf und unser Haus haben ja dazu eine ganze Reihe kritischer Anmerkungen an die Adresse der DBP und der Zulieferfirmen gemacht. Darüber werden wir sicher noch diskutieren, insbesondere über den Ausbaugrad bzw. die Ausbaugeschwindigkeit. Ich werde dies begründen am Beispiel des ISDN-Schmalbands; auch im Hinblick darauf, was danach kommt. Auch bei der Übergangsstrategie zum Universalnetz, dem IBFN, ist es klar, daß man diese riesigen Investitionen, die sich ja über 20—30 Jahre erstrecken, adäquat timen muß; das ist die Netzseite.
Viel wichtiger aus unserer Sicht ist natürlich die Nutzungsseite. Warum diese Infrastruktur den mittel- und kleinständischen Firmen nicht schneller zur Verfügung stellen, als es heute möglich erscheint? Denn für die ist die Nutzung ja hauptsächlich wichtig. Eine der kritischen Fragen, die wir uns nach wie vor vorgenommen haben und auch Ihnen stellen, lautet: Warum kann das alles nicht schneller gehen?

Wen trifft das eigentlich? Über wen reden wir? Wer ist unser Kunde? Warum machen wir das alles? Wem haben wir eigentlich zu dienen? Das Haus Nixdorf ist wie andere auch bemüht, ein Dienstleistungsunternehmen zu sein. Nebenbei bemerkt: Wir sind mit 5000—6000 Anwendungsprogrammierern z. B. vielleicht das größte europäische Software-Haus in diesem Sinne. Wir beschäftigen vielleicht 25 000 Menschen in diesem Bereich; ein Großteil im Vertrieb, der diese Dienstleistungen alle umfaßt.
Ich glaube, die DBP versteht sich im Grunde genommen ebenfalls als Dienstleistungsunternehmen, und es ist doch ganz interessant, einmal zu analogisieren, wie ein Marketing der DBP beispielsweise im Rahmen einer Netzentwicklung bzw. einer Diensteinführung im Vergleich zum Marketing irgendeines dieser Computerhersteller oder eines Heinz Nixdorf aussieht. Einmal zu schauen, ob man da nicht etwas gemeinsam sieht und das eine oder andere übernehmen kann. Wer ist also unser Kunde? Unser Kunde ist derjenige, der — wie wir sagen — in irgendeiner Form im Dienstleistungsbereich, im sog. tertiären Bereich, tätig ist. Man spricht heute auch von einem quartären Bereich; das sind die informationsverarbeitenden Berufe, also die Büroberufe. Sie wissen aus den Statistiken, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich der siebziger Jahre höher ist als diejenige der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe. Die Kosten für die Ausrüstung eines Arbeitsplatzes im Dienstleistungsbereich liegen mittlerweile bei ca. 14 000 DM, insbesondere im Bürobereich. Aber die Effizienz ist nicht adäquat bezogen auf die Kosten eines solchen Büroarbeitsplatzes. Man muß darüber nachdenken, wie man den Büroarbeitsplatz durch Ausrüstung, aber auch durch Aus- und Fortbildung effizienter gestalten kann. Denn wir leben vom Fortschritt, und wir leben natürlich in dem Sinne auch von der Rationalisierung; da sollten wir uns überhaupt nichts vormachen. Wir leben vom Wettbewerb, wir leben von dem Marktpotential, von der Markt-

macht. Wer das im Grundsatz anzweifelt, wird sich in dieser Welt schwer tun. Wir haben also die Aufgabe, für diesen Zweig eine Infrastruktur bereitzuhalten. Nach meiner Auffassung ist diese Aufgabe zweigeteilt, und damit komme ich wieder zur Post zurück.

Wenn Sie sich die Statistik über die Anzahl der Büromitarbeiter in verschiedenen Bürogrößen anschauen (Bild 2), dann kann man offensichtlich eine Zweiteilung erkennen. Wenn Sie sich nur einmal die Bundesrepublik Deutschland mit ca. 7—8 Millionen Büromitarbeitern ansehen, können Sie sehen, daß ca. 25—30 % der Büromitarbeiter im Bereich kleiner Büros tätig sind. Das ist der kleine Anwalt, das ist der Firmenvertreter, das ist auch eine Arztpraxis. Das sind alles diese kleinen mittelständischen Unternehmen, die im wesentlichem nur das Telefon benutzen oder vielleicht noch ein Telexgerät. Im Grunde genommen sind die aber nicht in der Lage, sich die Infrastruktur zu leisten, wie z. B. größere mittelständische Unternehmen bzw. Großunternehmen es heute können. Da ist eine große Schere, und die ist doch unbestreitbar, auch wenn man versucht, mit Spezialgeräten und PC's entsprechende Abhilfe zu schaffen. Das ist aber nicht das, was einem kleinen mittelständischen Unternehmer in irgendeiner Weise leicht zur Hand geht. Denn der hat ja überhaupt keine Zeit, sich in Ausbildung zu begeben. Auch kann er sich nicht der Delegation bedienen, denn er muß vieles selbst machen. Gerade in der Arztpraxis, das habe ich kürzlich wieder erlebt, herrscht hoffnungsloses Chaos, wenn nicht eine System- und Nutzungsunterstützung, also eine Dienstleistung, miterbracht wird. Nicht nur das Gerät ist wichtig, sondern auch die Dienstleistung.

Damit habe ich prinzipiell auch schon das Feld aufbereitet. Hier liegt aus unserer Sicht die klare Aufgabe für die Dienste, für den Telekommunikationsdienst. Dienste, die maßgeblich auch von der DBP in der Zukunft, ja, nicht nur heute, sondern auch in der Zukunft bereitgestellt werden müssen. Die Frage ist nur, wie weit sollen Dienstleistungen von der DBP selber erbracht werden im Sinne von Dienstleistungszentren, oder ist die DBP eigentlich gut beraten, nur die Transportwege und die Möglichkeiten der Übertragung und Vermittlung solcher Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, dies schnell und gebührengerecht, und daneben Privaten die Möglichkeit zu geben, diese Dienste im einzelnen darzustellen. Diese Aufgabe ist nur im Zusammenhang mit der DBP zu lösen.

Die bisherigen Ausführungen bezogen sich auf das Gebiet außerhalb des Inhouse-Bereichs. Der Inhouse-Bereich ist im Grunde genommen ein geschlossener, ein privater Bereich. Ich möchte noch ein Beispiel nennen, damit es nicht so abstrakt wird. Die DBP hat mit dem Bildschirmtext-Dienst etwas getan, was wir eigentlich schon immer gefordert haben, sie hat nämlich um das Telefon herum Terminals gruppiert im Sinne dieser Multitels. Das ist genau das, was wir brauchen, daß am Ende der Telefonleitung, die überall verfügbar ist, zukünftig auch Dienstleistung im Sinne der Terminals erscheint. Man kann natürlich darüber nachdenken, ob der Bildschirmtext in seiner heutigen Form mit all dem, was da z. B. an Informationen zur Verfügung steht, geeignet ist, in dem kleinwirtschaftlichen Bereich einen ausreichenden Service zu bieten. Da gibt es eher Zweifel.

Ein Blättern in 400 000 Seiten nützt dem Arzt nichts, und die Kommunikation mit irgendwelchen Informationszentren ist nur der erste Schritt mit seinen Rechenzentren. Denken Sie z. B. an

Nixdorf-Nachrichtentechnik
Für die geschäftliche Kommunikation

Anzahl Büromitarbeiter (in Millionen) bei Firmen der unterschiedlichen Größen in Europa

Mitarbeiter/ Büro	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	Rest von W.-Europa	Gesamt
1 – 9	1.5	2.1	1.1	4.5	9.2
10 – 19	0.9	0.5	0.8	1.3	3.5
20 – 49	1.2	0.7	1.2	1.2	4.2
50 – 99	1.2	0.7	0.9	1.3	4.1
100 – 199	0.8	0.6	0.8	1.8	4.0
200 – 499	0.9	0.5	0.8	1.2	3.4
500 – 999	0.6	0.4	0.5	0.9	2.4
1000 +	0.4	0.3	0.5	0.5	1.7
Total	7.5	5.7	6.6	12.7	32.5

Quelle: Quantum Science 1981

Interessant auch und gerade für kleinere Unternehmen

die Dienste der Datev oder anderer Pharmaunternehmen; da geht es schon eher. Wichtig ist, daß er sich zunehmend auch Daten darstellen lassen kann. Die Fachleute unter Ihnen wissen, daß man z. B. von der 40 Zeichen-Darstellung zur 80 Zeichen-Darstellung übergehen muß; daß man ggf. eine andere Tastatur braucht, weil man bestimmte Symbole eingeben muß etc. Es geht also schon in den EDV-Bereich hinein. Ich kann eigentlich im Moment konstatieren, daß dieses Umdenken, das von diesem Haus seit 3 Jahren gefordert wird, stattfindet, daß beispielsweise der Bildschirmtext-Dienst benutzt wird, um für die mittel- und kleinständischen Unternehmen endlich eine low-cost-Datenübertragung mit der Möglichkeit, verschiedene Dienstleistungen im privaten Bereich anzubieten, eröffnet wurde.

Hier ist eine hervorragende Einführungsmöglichkeit bzw. Erprobungsmöglichkeit im Hinblick auf das spätere ISDN gegeben, zwei Dienstleistungen, nämlich komfortables Telefonieren und Datenübertragung, über das Telefon zu bringen. Heute noch über 2 Anschlüsse; morgen, im ISDN, über einen Anschluß. Das ist nur eine technische Frage. Der entscheidende erste Schritt ist jedoch getan, indem die DBP — verbunden mit der Problematik des Monopols beim Telefon, inzwischen aber gelöst mit der 28. ÄndVFO — ebenfalls Endgeräte dieser Art vertreiben wird.

Ich glaube, daß hier ganz entscheidend auch sichtbar die Weichen gestellt sind in einer Frage, über die nun doch schon einige Jahre diskutiert wurde, nämlich die Frage: Wie ist das mit dem Monopol des Telefons am Hauptanschluß, und in welcher Form soll die DBP künftig in diesem Bereich agieren? Beides ist, so glaube ich, im Grundsatz gelöst. Wir sind uns grundsätzlich einig, daß diese Aufgabe sowohl im privatwirtschaftlichen Bereich als auch von der DBP gehandhabt werden muß; und teilweise im echten Wettbewerb.

Nun komme ich zum eigentlichen Hauptthema zurück, zum Inhouse-Bereich. Im Inhouse-Bereich steht uns, der Wirtschaft, einiges bevor. Die Herausforderung, die wir der DBP in den siebziger Jahren in der Kommissionswelt vorgegeben haben, indem man sagte: Ihr seid hinten dran. Ihr müßt schneller werden. Eure Dienstleistung ist nicht mehr marktgerecht. Diese Situation hat sich jetzt umgekehrt. Die DBP gibt heute teilweise Dinge vor, die in der herstellenden Wirtschaft manchmal nicht mehr machbar erscheinen, zumindest nicht in dem Timing. Das widerspricht allerdings nicht dem Wunsch, beispielsweise ISDN schneller einzuführen, denn diese Technik ist ja vorgegeben. Das Netz haben wir ja schon griffbereit vor uns; 1988 geht es los. Welche Dienste werden über die neuen Netze realisiert? Wie sehen die aus? Wo gibt es denn die Aufgabe für das, was wir z. B. im privaten Bereich sehen unter dem Stichwort value-added-services, also Mehrwertdienste? Welche Art von Dienstleistungen sollen in den Breitbandkommunikationsnetzen — da ist jetzt nicht die reine Verteilung vom Fernseh- und Hörfunkprogramm gemeint — angeboten werden? Was machen wir denn mit den neu errichteten Glasfaserlinien? Welche Dienstleistungen werden darüber realisiert? Sind das die 2 MBit/s schellen Datendienste? Wer braucht sie?

Fragen über Fragen, wobei ich glaube, daß hier Kapazitäten aufgebaut werden, die uns zwingen, intensiv nicht nur über die Nutzung dieser Einrichtungen, sondern auch über die Märkte nachzudenken. Es gibt schon kritische Stimmen, die sagen: Die DBP entwikkelt am Bedarf vorbei. Unsere Antwort ist: Nein! Wir fordern, das ISDN so schnell wie möglich, viel schneller, als es im Moment möglich erscheint, auszubauen und gezielt auch diesen Breitbandbereich vorzubereiten. Dazu ist eine bestimmte Ausprägungslandschaft zu schaffen, damit sich diese Dienstleistungen entwickeln können.

Die Zukunftsmärkte, die wir in unserem Hause sehen, lassen sich in 2 Gruppen einteilen. Zum einen das Büro bzw. das, was wir intern die integrierte Informationsverarbeitung nennen; wo also das Telefon und die Datenverarbeitung jetzt zusammenkommen. Zum anderen nach wie vor die Fabrik. An dieser Stelle möchte ich das Büro näher betrachten. Das Büro der Zukunft ist vielfältig beschrieben worden. Wir haben selbst 3 Jahre lang ein eigenes Bürosystem entwickelt und sind damit ziemlich auf den Bauch gefallen. Der Grund liegt darin, daß man ein Büro nicht losgelöst sehen darf von der Sachbearbeiterwelt. Wir haben eigentlich 2 Leitsätze aus diesem Erfahrungschatz aufgestellt, die wahrscheinlich auch für Sie interessant sind. Der erste Leitsatz heißt:

Das Büro entwickelt sich um das Telefon herum, aus dem Telefon heraus.

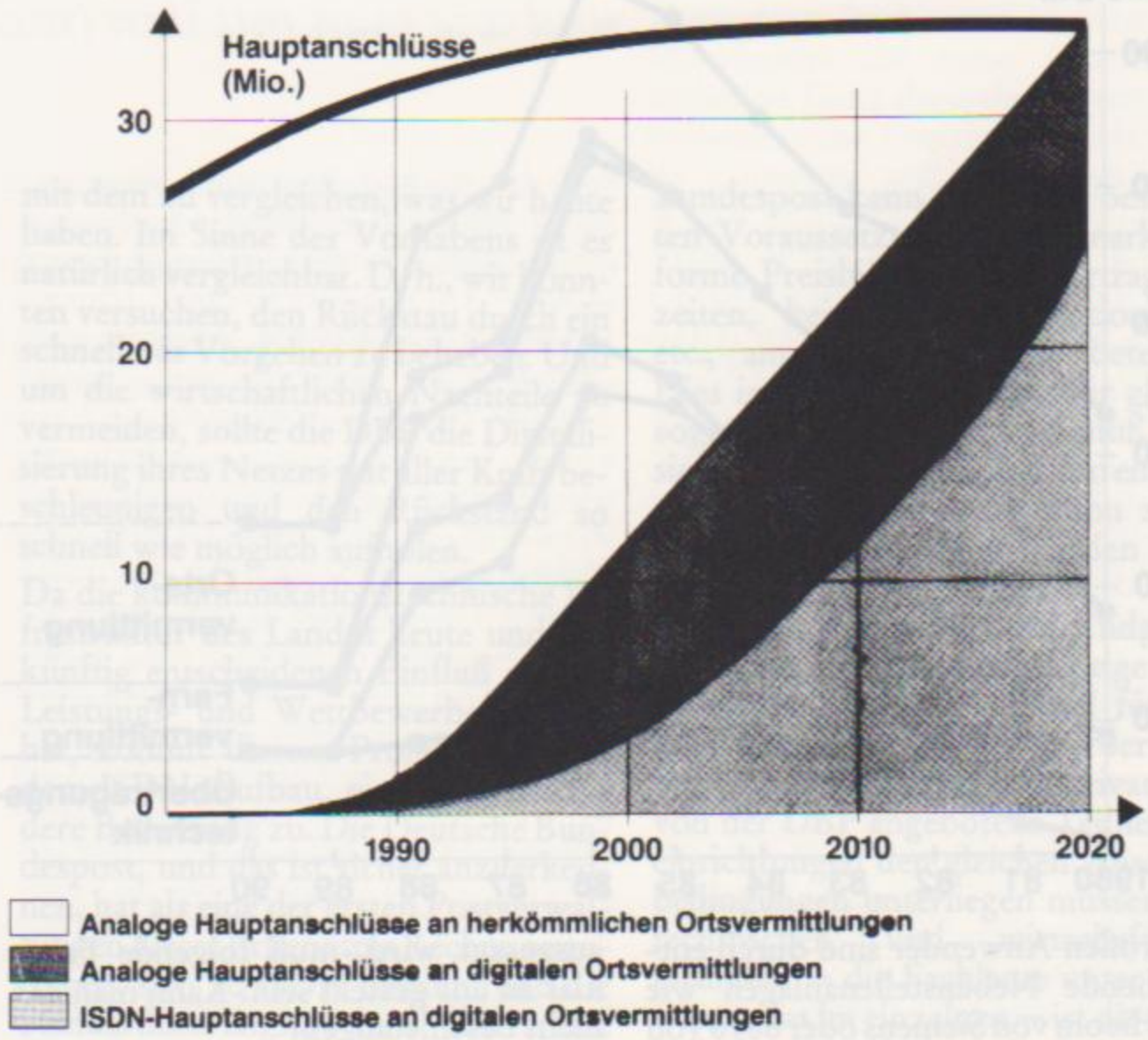
Das Telefon bleibt auch in den absehbaren Jahrzehnten die größte Kommunikationsschiene außerhalb des direkten Gesprächs; aber darum läßt sich eine ganze Reihe von Bürofunktionen unmittelbar technisch realisieren, anhängen, aufsetzen, so daß man sagen kann: Im Inhouse-Bereich und auch zukünftig draußen im öffentlichen Bereich, also für die mittel- und kleinständischen Abnehmer, wird sich die Bürowelt aus dem Telefonsystem heraus entwickeln. Zu den betroffenen Mitarbeitern gehören alle im Büro beschäftigten Personen, auch die leitenden Angestellten und die Manager. Nicht nur die Sekretäre, die eigentlichen Sachbearbeiterbereiche.

Der zweite Leitsatz heißt:

Die Bürofunktion, die Büroanwendung muß sich unmittelbar anschließen bzw. aufsetzen auf den sog. Sachbearbeiterbereich.

Die Büroanwendungen sind also nicht losgelöst. So schön es ist, einen Terminkalender elektronisch zu realisieren bzw. ein System zu entwickeln, welches dann jedem zur Verfügung steht, so unsinnig ist dieses System, wenn es nicht gleichzeitig die Möglichkeit bietet, mit anderen Systemen intern oder extern oder auch mit der EDV zu kommunizieren. Das ist ein wichtiger Leitsatz, den wir erst qualvoll erstanden haben.

Übergang von analoger zu digitaler Vermittlungstechnik und die Einführung von ISDN-Hauptanschlüssen



Insofern haben wir aus den verschiedenen branchenspezifischen Lösungen heraus Bürofunktionalität gemacht. Dies bedeutet nicht nur eine neue Leistung; dies bedeutet auch ganz neue Arbeitsplätze und neue Märkte. . .
(Anmerkung der Redaktion: An dieser Stelle des Vortrages folgten detaillierte Ausführungen zur Technik des Inhouse-Bereichs. Aus redaktionellen Gründen ist diese Passage nicht abgedruckt.)
Der zukünftige Arbeitsplatz im Büro besteht aus einem Telefon, einem Datensichtgerät und einem Drucker. Wir müssen uns darauf einstellen, daß wir die Arbeitsplätze in irgendeiner Form aufrüsten.
Nun ist die Frage: Wie bringen wir die Informationen dort hin, und welche Probleme bestehen dabei? Damit komme ich zum ISDN. Das ISDN bietet aus der Sicht der DBP folgende Vorteile:

- Vermeiden unwirtschaftlicher Sondernetze für verschiedene Dienste
- wirtschaftliches Ausnutzen der Kupferdoppelader beim Teilnehmeranschluß
- Abwickeln mehrere Dienste über eine Anschlußleitung
- Schnelle und kostengünstige Bereitstellung neuer Dienste und Dienstmerkmale
- Wahlweises Benutzen von einem oder von zwei Basiskanälen an einer Teilnehmeranschlußleitung und gleichzeitige Kommunikation unterschiedlicher Dienste

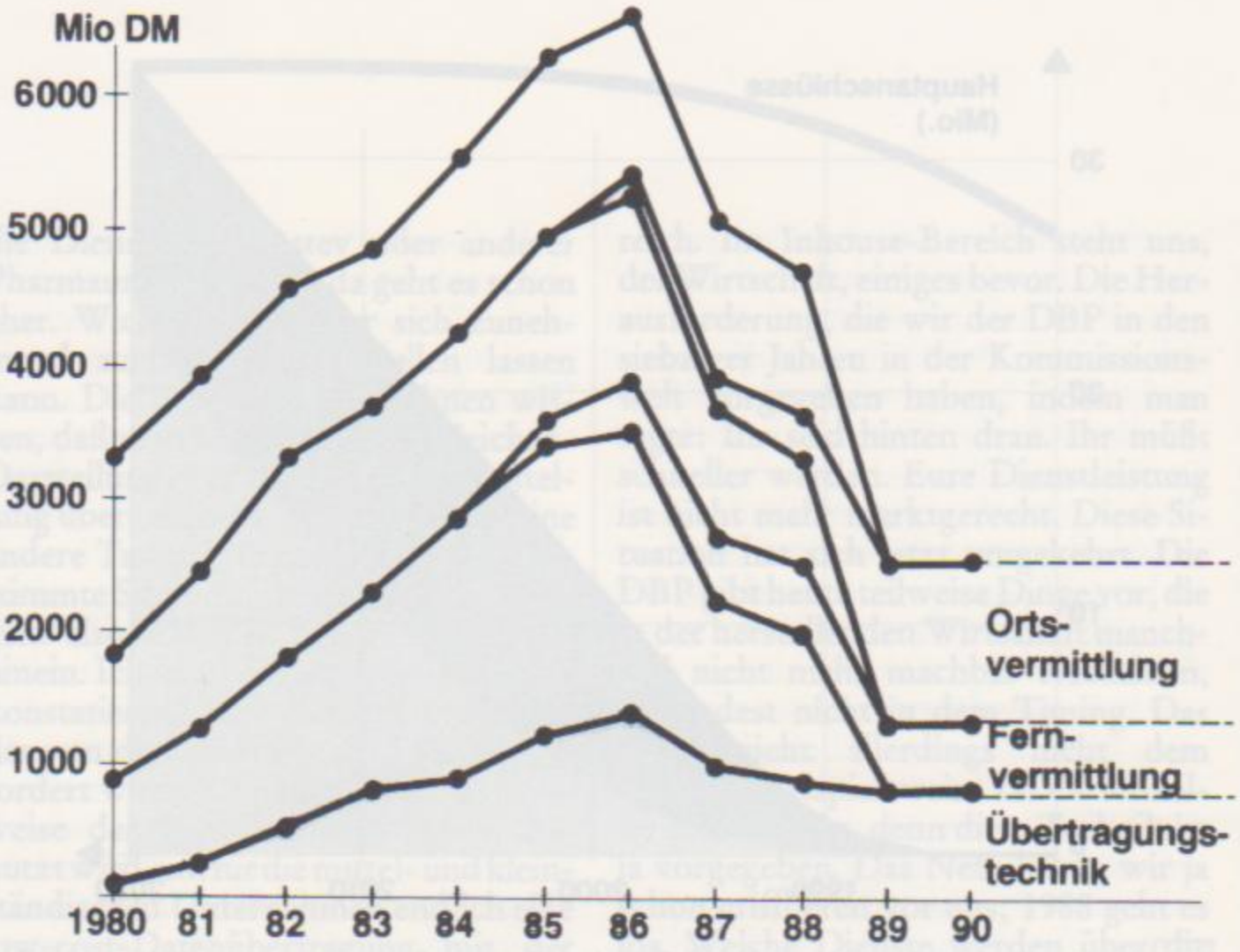
Aus der Sicht des Anwenders ergeben sich folgende Vorteile:

- Vielfalt von Diensten über einen Teilnehmeranschluß
  (Sprache, Text, Daten, Bild)
- Kurze Verbindungsaufbau- und Übertragungszeiten
  (64 kbit/s pro Basiskanal)
- Kostengünstige Übertragung durch harmonisierte Gebühren
  (Basis Fernsprechtarif)

Das ISDN ist eine neue Dimension; Ihnen längst bekannt, für uns eine unglaubliche Herausforderung. Nicht nur, daß der Dienst eingeführt werden muß, daß die öffentliche Technik dafür zur Verfügung gestellt werden muß, sondern wir müssen in dem gesamten Terminalbereich eine komplette Umrüstung vornehmen.
Wir reden ja immer noch von 2 Welten. Wir haben auf der einen Seite das Telefon mit den offenen Schnittstellen; wir haben auch im ISDN-Bereich die Schnittstellen weltweit definiert, die auch in der Bundesrepublik Deutschland mehr und mehr eingeführt werden. Manche Staaten hinken noch etwas hinterher, ziehen aber nach. Auf der anderen Seite haben wir die EDV mit ihren eigenen Inhouse-Schnittstellen. Da gibt es Inkompatibilitäten, die es auch auf absehbare Zeit noch geben wird. Wie kann man diese Bereiche zusammenbringen?
Nun, wir müssen die offenen Schnittstellen des ISDN im Grunde genommen auf die EDV oktroyieren. Wir müssen der EDV sagen: „Ihr müßt diese offenen Schnittstellen ggf. auch zusätzlich in Eure Systeme implementieren, damit Ihr über das ISDN entsprechend kommunizieren könnt." Das ist gar nicht einfach, und selbst, wenn es geschafft sein wird, besteht noch folgendes Problem; dieses Gegeneinander ist ja nicht nur verbal.
Die Nachrichtentechnik ist eine offene Welt. Die Datenverarbeitung hat während ihrer dreißigjährigen Geschichte dezidierte Lösungen geschaffen, eine jeweils branchenspezifische Lösung. Große Firmen, denken Sie an den Marktführer IBM, haben ihre eigenen Welten entwickelt. Die Systeme verschiedener Firmen sind häufig nicht kompatibel, und nun soll dieses zusammengefügt werden und noch möglichst kompatibel zum ISDN. Dies ist eine hervorragende Aufgabe für viele Techniker; dies bereitet aber auch erhebliche wirtschaftliche Probleme.
Die Vorteile von ISDN sind klar. Die Problematik besteht darin, wie schnell ISDN eingeführt werden soll. Die Einführung von ISDN bedeutet, daß wir den großen Bestand an Telefonhauptanschlüssen in irgendeiner Form langsam umwandeln in digitale Telefonanschlüsse und dann zunehmend in ISDN-Anschlüsse (Bild 3). Dabei muß man beachten, welchen Zeitraum wir vor uns haben und welche Problematik aus der Sicht des Anwenders besteht.

ISDN

Investitionen der DBP in die digitale Übertragungs- und Vermittlungstechnik 1980 – 1990



Die großen Anwender sind durch entsprechende Nebenstellenanlagen wie z. B. Hicom von Siemens oder 8818 von Nixdorf voll zu befriedigen. Es gibt zwar noch viele offene Fragen, beispielsweise die Frage nach den internen Schnittstellen. Im Grunde genommen werden die großen Anwender diese Dienstleistungen schon längst im Inhouse-Bereich haben, wenn sie dann auch im öffentlichen Bereich angeboten werden. Aber wir sind noch 10 Jahre davon entfernt, daß sie einen nennenswerten Teil, und noch 20 Jahre davon entfernt, daß sie vielleicht die Hälfte aller Telefonanschlüsse mit diesen Leistungen erreichen können. Das ist doch ein Problem!

Ich meine, wenn man sich dazu anschaut, wie sich die Investitionen der DBP in diesem Bereich entwickeln (Bild 4), wie sich der Übergang von der Analog- zur Digitaltechnik in verschiedenen Bereichen vollzieht, dann kann man schon erkennen, daß da irgendetwas passiert. Die Frage bleibt: Ist das genug? Kann man in der Wirtschaft überhaupt mehr produzieren? Kann man einfach mehr Fabriken beschäftigen? Ist das überhaupt installierbar? Haben wir genug Personal? Diese Fragen sind uns schon bekannt. Vor dem Hintergrund dessen, was damit für den mittel- und kleinständischen Betrieb ausgesagt wird, muß folgende Frage klar an uns gestellt sein: Kann man das nicht beschleunigen?

Ein anderer Aspekt betrifft die Planung. Die vorgesehenen Dienste müssen noch klarer definiert werden. Wir arbeiten kräftig daran. Diese Bemerkung ist auch keine Kritik. Dies ist nicht nur eine Aufgabe für die Bundesrepublik allein, sondern dies muß international gelöst werden. Wir müssen noch diskutieren, was Ihre Ansicht ist. Unsere Ansicht ist, daß wir vielleicht den einen oder anderen Dienst unter Umständen weglassen und lieber bestimmte Dienstleistungen zügig angehen und zur Verfügung stellen und uns auch überlegen, was mit dem z. Z. dahindämmernden Btx passieren soll. Ob er eben ein low-cost-Datexdienst ist oder nicht; denn so geht es ja nicht weiter. So viel Geld haben weder wir noch Sie umsonst investiert. Wir müssen da etwas tun und andere Dienste wie beispielsweise den Teletex ebenfalls voranbringen.

Ich möchte noch ein anderes Thema ansprechen. Die Technik stellt nur ein Problem dar; dies kann man heute in irgendeiner Form bewältigen. Wir müssen auch an die Menschen denken und nicht nur an diejenigen, die diese Technik nutzen, sondern auch an diejenigen, die diese Einrichtungen aufbauen, warten und pflegen. Das ist bestimmt auch ein Thema, das Sie bewegt.

Das Haus Nixdorf hat im letzten Jahr etwa 3000 Mitarbeiter neu eingestellt. Etwa 10 % unserer Mitarbeiter im Inland sind Auszubildende; das entspricht etwa 1500 Auszubildenden in der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind allerdings nicht in der Lage, im Ingenieurbereich unseren Bedarf zu befriedigen. Dieses Problem haben andere auch. Wir haben in diesem Bereich eine erhebliche Ausbildungslücke. Wir könnten bestimmt eine Stunde darüber diskutieren, woher das alles kommt. Es ist aber eine Tatsache, und die Lücke wird immer größer. Es interessiert mich überhaupt nicht, ob die Lage im Jahr 1992 wieder gesättigt erscheint. Jetzt, im Jahr 1986, haben wir ein Problem. Wir haben es schon seit 3 Jahren; wir bekommen nicht genügend gute Leute im Ingenieurbereich. Dies nicht nur im Bereich der Entwicklung, sondern auch im Marketing, in der Vertriebsunterstützung und im Software-Bereich.

Ich sage nicht, daß keine Menschen arbeitslos sind bzw. daß es keine Leute gibt, die arbeiten wollen. Die sind aber nicht qualifiziert genug für das, was wir hier tun. Im Grunde genommen haben alle Firmen das gleiche Problem. Es muß eine gemeinsame Forderung sein, an welche Adresse auch immer, dieses Problem rasch zu lösen. Man soll aus unserer Sicht diese Dinge nicht nur statisch sehen, sondern man muß nach unserer Auffassung eine Prioritätenliste aufstellen und versuchen, die Defizite aufzuzeigen. Die Defizite liegen teilweise in der Einführungsgeschwindigkeit bzw. in der Normung des ISDN und bei dem Mangel an qualifiziertem Personal. Das Haus Nixdorf hat vor einigen Wochen eine Grundsatzerklärung zur Fernmeldepolitik erstellt, und ich möchte Ihnen zum Schluß noch einiges daraus vortragen:

Meine Damen und Herren!

Aus Nixdorf-Sicht – und ich glaube, Sie werden mir auch zustimmen, wenn Sie gerade die aktuellen Wirtschaftsdaten gehört haben – ist das Arbeits-

losenproblem das brennendste Problem unserer Zeit. Der langsame Aufschwung der letzten Jahre hat dieses Problem nicht wesentlich lindern können. Es scheint deshalb zwingend erforderlich, kurzfristig Maßnahmen zu ergreifen, die eine nennenswerte Verbesserung dieser Arbeitsmarktsituation herbeiführen.

Eine wesentliche Maßnahme liegt nach unserer Auffassung traditionell in der Beschaffungspolitik der öffentlichen Hand. Eine optimale Wirkung ist doch nur dann zu erreichen, wenn die entsprechenden Maßnahmen eine möglichst breite Wirkung auf viele Bereiche haben. Dies würde z. B. der Fall sein, wenn zusätzliche Investitionen in die Fernmeldeinfrastruktur getätigt würden. Durch eine nennenswerte Ausweitung des Beschaffungsvolumens der DBP für diese Infrastruktur könnten sowohl die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf diesem Wachstumssektor verbessert als auch den Anwendern in den breitesten Schichten neue Wachstumsimpulse vermittelt werden. Damit, so unsere Meinung, bestünde eine große Chance, in beträchtlichem Umfang neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Digitalisierung, und das ist der erste Punkt von dreien, die Digitalisierung des analogen und elektromechanisch vermittelten Fernsprechnetzes ist sowohl aus technischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen eine dringende Notwendigkeit. Meine Damen und Herren, wir glauben nach wie vor, daß die Deutsche Bundespost durch einige Fehlentwicklungen in den siebziger Jahren in den Rückstand geraten ist; das stimmt auch heute noch. Wir sollten uns bitte vergegenwärtigen, daß eine Bell-Operating-Company dieselbe Größenordnung im Geschäftsvolumen und im Investitionsvolumen wie die DBP hat. Von diesen Gesellschaften gibt es, glaube ich, acht Stück. Und wenn Sie sich anschauen, welchen Digitalisierungsgrad beispielsweise deren Anlagen, deren Vermittlungseinrichtungen haben, ist dies in der Tat nicht mit dem zu vergleichen, was wir heute haben. Im Sinne des Vorhabens ist es natürlich vergleichbar. D. h., wir könnten versuchen, den Rückstau durch ein schnelleres Vorgehen zu beheben. Und um die wirtschaftlichen Nachteile zu vermeiden, sollte die DBP die Digitalisierung ihres Netzes mit aller Kraft beschleunigen und den Rückstand so schnell wie möglich aufholen.

Da die kommunikationstechnische Infrastruktur des Landes heute und zukünftig entscheidenen Einfluß auf die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit hat, kommt diesem Projekt, nämlich dem ISDN-Aufbau, eine ganz besondere Bedeutung zu. Die Deutsche Bundespost, und das ist sicher anzuerkennen, hat als eine der ersten Postverwaltungen dieser Erkenntnis Rechnung getragen, sich zu ISDN bekannt und die Standardisierungsarbeiten unterstützt und vorangetrieben. Nachdem der Beschluß zur ISDN-Einführung gefaßt und mit der Verfügbarkeit der digitalen Technik die wesentlichen Grundvoraussetzungen dafür erfüllt sind, sollten die Investitionen für die digitale Übertragungs- und Vermittlungstechnik forciert werden, um mit einer koordinierten Digitalisierung der Leitungsbündel und der Vermittlungsknoten möglichst schnell durchgehende Digitalsignalverbindungen im deutschen Fernsprechnetz für alle zur Verfügung zu stellen.

Eine dieser Chancen muß genutzt werden; und dies ist ein weiteres Argument, bevor durch die Glasfaser-Breitbandverkabelung ein derartiger Schritt überflüssig werden könnte. Die Auswirkung einer solchen beschleunigten Einführung von ISDN liegt zum einen in dem beträchtlichen Auftragsschub für die zuliefernde Industrie und zum anderen in der verstärkten Entwicklung neuer Dienste einschließlich der entsprechenden Endgeräte. Der zweite Punkt neben diesem ISDN-Ausbau ist das Problem der Endgeräte. Der Endgerätemarkt ist aus unserer Sicht grundsätzlich dem privaten Wettbewerb zugänglich zu machen. Die Deutsche Bundespost kann sich unter bestimmten Voraussetzungen, wie marktkonforme Preisbildung und Vertragslaufzeiten, keine Quersubventionierung etc., am Endgerätemarkt beteiligen. Dies ist heute unstrittig! Wir glauben sogar, daß sie sich beteiligen muß, wenn sie selber Dienste einführt, um eine hinreichende Anfangspenetration zu bewirken. Beispielsweise bei den Diensten Bildschirmtext, Teletex.

Der freie Wettbewerb im Endgerätemarkt wird durch eine eindeutige Netzabschlußphilosophie sowohl für analoge wie digitale Netze gefördert, wobei entscheidend ist, daß private und von der DBP angebotene Teilnehmereinrichtungen den gleichen Anschlußbedingungen unterliegen müssen. Aus technischen und wirtschaftlichen Gründen – die Fachleute unter Ihnen wissen das im einzelnen – ist die physikalische Integrierbarkeit der Netzabschlüsse möglichst kostengünstig vorzusehen, wobei nach unserer Meinung die private Bereitstellung dieser Einrichtungen möglich werden sollte.

Der dritte und letzte Punkt betrifft die sog. value-added-Dienste, also die Mehrwertdienste. Zunächst möchte ich folgende Feststellung treffen: Die flächendeckenden und universellen Dienste, die sog. Transportdienste, sind wegen der hohen Investitionsvolumina und der wirtschaftlichen Verbundvorteile auch künftig Aufgabe der DBP. Damit bringen wir in klarer Weise zum Ausdruck, daß wir heute in keiner Weise eine private Netzparallelität sehen. Wir glauben, das Netzmonopol liegt auch in Zukunft eindeutig und unteilbar bei der DBP. Wir sind aber der Meinung, daß neben der Hoheit im Netz eine Liberalisierung im Endgerätebereich und im Dienstbereich vorangetrieben werden muß.

Intensive Gespräche zwischen der DBP, Anwendern und Herstellern müssen die anwendungsgerechte Gestaltung der Dienste sichern, wobei die Durchsetzung herstellerneutraler, offener Kommunikationsprotokolle ein vorrangiges Ziel darstellt. Die Defini-

DAS PRINZIP DER PERS
LICHEN KÄRGLICHKEIT

und wie man mit ihm (nicht) sparen kann

tion der ISDN-Dienste muß zügig vorangetrieben werden. Und nun zu dem besonders heiklen Punkt der value-added-Dienste. Spezielle value-added-Dienste sollten nicht dem Monopol der DBP unterworfen sein. Hier ist zunächst eine kontrollierte Liberalisierung des Benutzungsrechts zur Einführung von in ihrer Ausdehnung begrenzten privaten value-added-Diensten notwendig.

Es besteht ein besonderer Bedarf für Mehrwertdienste. Ich will Ihnen das etwas verdeutlichen. Wir haben z. B. in einem Bürohochhaus 20 Firmen, und da gibt es eine einzige Nebenstellenanlage oder auch Kommunikationsanlage. Dann kann man sich eine Untervermietung vorstellen, wobei alle 20 Firmen diese Infrastruktur nutzen und dies auch gebührenmäßig etc. entsprechend gehandhabt wird. Das ist eine Mehrfachnutzung einer Anlage, die normalerweise nur von einem betrieben werden kann. Sprachspeicher- und mailbox-Dienste für Benutzergruppen, Datenbanken, Weiterleitung von Nachrichten zwischen Telekommunikationsdiensten — Sie wissen, das Übernehmen einer Teletexnachricht in einen anderen IDN-Dienst ohne Weiterverarbeitung-, Steuerungs- und Überwachungsdienste, Kompatibilitätsdienste aller Art.

Die hieraus abgeleitete und noch zu diskutierende Forderung heißt: Wir glauben, daß die Zulassung von heute benutzungsrechtlich noch untersagten value-added-Diensten in Abstimmung mit dem Bundesminister für Wirtschaft geschehen könnte, wobei der vorrangige Geschäftszweck, das möchte ich ausdrücklich betonen, weil dies der kritische Punkt ist, nicht im Wiederverkauf von Übertragungs- und Vermittlungsleistungen der DBP liegen soll, sondern in der echten Mehrwertnutzung für den Teilnehmer.

Wir glauben, daß es bald möglich sein sollte, einen Entwicklungsrahmen für eine breite Nutzung des ISDN auch durch Mehrwertdienste zu verabschieden.

Das psychologische Institut für soziale Strategien (PISS) legt hier einen weiteren Forschungsbericht vor:

Die Natur geht kärglich mit ihren Geschöpfen um. Wer sich seine Beute mühsam fangen oder sein Futter im weiten Land zusammensuchen muß, wird dabei normalerweise nicht fett. In Verwaltungen, aber auch in Großorganisationen der Wirtschaft ist das etwas anderes. Überall dort, wo man die Genehmigung für mehr Geld und mehr Personal bei oberen Instanzen erhalten kann, kommt es darauf an, seinen Appetit schriftlich zu begründen. Ein Antrag auf Personalverstärkung kostet aber normalerweise weniger Mühe als der Fang einer Gazelle durch einen Löwen. Bei den Haustieren ist das schon anders. Wo volle Tröge stehen, bleibt das Verbot, nicht zu viel zu essen, wirkungslos. Beamte zählen, falls man sie unfreundlicherweise mit dem Tierreich vergleicht, eher zu den Haus- als zu den Raubtieren. (Ausnahmen bestätigen allerdings auch hier die Regel.)

Gehen wir in der Stufenordnung einen Schritt weiter, dann erscheint nicht nur der einzelne Beamte, sondern vielleicht auch die ganze Behörde als ein solches Haustier. Schließt man also einer Behörde nicht rechtzeitig die finanziellen und personellen Tröge weg, dann besteht die Gefahr, daß unwillkürlich eine Mast einsetzt. Nur mit dem Unterschied, daß man Schweine leichter schlachten kann als Behörden. Die Mast hat aber noch eine andere Folge: Fette Tiere werden träge. Daß es fette, aber, wie gesagt, unschlachtbare Behörden gibt, wird daher gelegentlich behauptet. Ministerien und Konzernleitungen bemühen sich daher um Diätkuren, die sie ihren nachgeordneten Stellen verordnen können.

Grundlage vieler personalwirtschaftlicher Milchmädchenrechnungen ist dieser Satz: Mehr Menschen schaffen mehr. Diese Rechnung geht auf z. B. bei Korbmachern. Wenn ein Korbmacher täglich drei Körbe flicht, wieviele Korbmacher braucht man dann, um täglich 90 Körbe zu produzieren? Solche Aufgaben löst man schon in der Grundschule, auf deren Niveau manche stehenbleiben.

Wo aber nicht Körbe hergestellt werden, sondern schwierige Probleme gemeinsam gelöst werden müssen, sieht die Rechnung anders aus. Stellen wir, der Einfachheit halber, ein gemeinsam zu lösendes Problem mit dem Inhalt eines Aktendeckels gleich, dann läßt sich die Grundschulaufgabe so formulieren: Wenn ein Büroarbeiter täglich den Inhalt von drei Aktendeckeln durcharbeiten kann, wieviele braucht man dann, wenn ebendieselben drei Aktendeckel von dreißig mitzuständigen Kollegen durchgearbeitet werden müssen? Antowort: 30. Aber so lernt mans eben nicht in der Grundschule. Aus dem Satz: „Mehr Menschen schaffen mehr", kann dieser werden: „Mehr Menschen schaffen sich gegenseitig mehr Arbeit". In der Verwaltung gilt natürlich weder das Korbmacher- noch das Aktendeckelprinzip in Reinkultur. Aber wer organisiert, muß wissen, in welche Richtung er geht. Spezialisierung führt nicht immer nur zur rationellen Arbeitsteilung, sondern sehr oft auch zum hier vorgestellten Aktendeckelprinzip. Wo neue Aufgaben zu neuer Spezialisierung führen, nähern sich die Zustände und damit auch der zusätzliche Personalmehrbedarf immer mehr dem Aktendeckelprinzip. Das führt natürlich zu einem Personalbedarf und zu entsprechenden Anträgen. Da sich leider immer noch einige Dinge der genauen mathematischen Berechnung entziehen, kommt es also unten darauf an, einen solchen Antrag eindrucksvoll zu formulieren und oben, ihn zu durchschauen.

Die Undurchschaubarkeit eines Antrags auf Personalvermehrung macht diesen nicht zur normalen Unlüge, sondern zu einer Unlüge höherer Ordnung. Der Unterschied zwischen Lüge und Unlüge wird um so geringer, je höher der zusätzliche Personalbedarf ist. Um einen solchen Antrag wirkungsvoll abzuschmettern, braucht man oben

SONALWIRTSCHAFT-

mehr Intelligenz als unten. Worin besteht diese oberinstanzlich erforderliche Zusatzintelligenz?
Dies führt zunächst zu einer ganz allgemeinen Frage: Wie kann man etwas so darstellen, daß es der andere versteht? Antwort: Dadurch, daß man es selbst versteht. Wenn also jemand etwas, z. B. einen Antrag, nicht kapiert, dann kann das zwei Gründe haben: entweder ist der dumm, der es geschrieben hat, oder der Leser selbst. Leider ist aber auch dieser Satz schon wieder zu einfach. Man muß nämlich bei objektiv undurchschaubaren, konfusen Texten unterscheiden zwischen echter Dummheit, also wirklicher Unfähigkeit des Schreibers und künstlicher Dummheit, die sich dann ergibt, wenn die Wahrheit verschleiert werden soll. Zu den Hauptfähigkeiten eines Funktionsträgers in hoher Stellung muß die Kunst gehören, einem konfusen Text anzusehen, ob er auf echter oder künstlicher Dummheit beruht. Ein unten raffiniert formulierter und oben naiv gelesener Antrag auf Personalverstärkung ist also erfolgreicher als ein oben durchschauter harmlos plumper.
In einer Hierarchie weiß man zwar normalerweise, wie die Macht verteilt ist (Mehr Gehalt — mehr Gewalt), leider ist aber die Intelligenzverteilung nicht ebenso leicht zu erreichen. Das läßt sich, einfach gesagt, so formulieren: ein dummer Chef ist seinen intelligenten Mitarbeitern heillos ausgeliefert. (Wenn er es nicht weiß, gilt leider auch das Ungekehrte).

Wie kann nun eine Verwaltung, die auch auf unterer Ebene über intelligentes Personal verfügt, trotzdem sparen? Der Volksmund weiß Bescheid: „Mühsam ernährt sich das Eichhörnchen!" Das hat die Natur richtig gemacht. Denn, könnte sich das Eichhörnchen bequem fettfressen, käme es nicht mehr auf die Bäume hinauf. Da man aber von einer Behörde nicht erwarten kann, daß sie auf Bäume klettert, muß anders gesteuert werden. Der Mensch ist schon viel zu degeneriert, man kann nicht auf seine natürliche Steuerung des Appetits vertrauen. Man muß Appetit auf den Appetitzügler schaffen. Oder allgemein gesagt: Es geht um Anreize zum Triebverzicht. Von Natur aus ist der Mensch nicht asketisch. Wenn man aber Askese belohnt, sieht die Sache schon anders aus. Es könnte dann folgender Grundsatz gelten:
Personalwirtschaftliche Kärglichkeit muß belohnt werden. Aber man muß dabei die richtigen belohnen. Bisher war es so: Wer sich mehr Untergebene schafft, wird deshalb besser bezahlt. Kein natürlich denkender Chef hätte das geringste Interesse daran, sein Amt aus Sparsamkeitsgründen zu verkleinern. Wer sägt schon gerne an seinem eigenen Ast? Künftig müßte gelten: Unter die abgesägten Äste werden besonders weiche Sessel gestellt. Die Besoldung des Chefs richtet sich dann nicht mehr nach der Zahl der unterstellten Mitarbeiter, sondern nach der Wirtschaftlichkeit ihrer Arbeitsweise. Aber nicht nur der jeweilige Chef soll dafür honoriert werden, sondern anteilmäßig auch die Mitarbeiter. Personalverstärkungsanträge brauchen dann nicht mehr mit Hilfe artifizieller Dummheit formuliert zu werden. Sie entfallen, weil jeder, der sie schreibt, befürchtet, seine Prämie zu verlieren. Alle Mitarbeiter sind bestrebt, mehr nach dem Korbmacher- als nach dem Aktendeckelprinzip zusammenzuarbeiten, vorausgesetzt, daß man sie läßt.

Solange der Grundsatz noch gilt, daß jeder normale Mensch bereit ist, sich gesundheitlich zu ruinieren, wenn er dabei mehr Geld verdienen kann, wird man mit dem System der personalwirtschaftlichen Kärglichkeit gut arbeiten können. Sollte sich aufgrund einer anderen Einstellung unter den Menschen ergeben, daß dieses System nicht mehr funktioniert, daß also Menschen auch auf Geld verzichten können, wenn man sie dafür in Ruhe läßt, können die Gehälter für diese dann bis zur Schmerzgrenze sinken, und man käme auf diese Weise zum ähnlichen Spareffekt.
Hier stehen sich also zwei Systeme gegenüber, die beide zur Senkung der Personalkosten beitragen können. Als ihre Stützen im Personal kann man folgende Typen unterscheiden:
— den gutbezahlten Eiferer und
— den schlechtbezahlten Bummler.
Beide tragen, jeder auf seine Weise, das Prinzip der personalwirtschaftlichen Kärglichkeit. Leider bringt es die Praxis mit sich, daß man den einen nicht leicht vom anderen unterscheiden kann, weil Vorgesetzte leicht vom Gehabe eines Mitarbeiters auf seine Arbeitsweise schließen. Ganz abgesehen davon funktionieren reine Prinzipien sowieso nur im Computer und nicht auch in der Wirklichkeit. Es bleibt daher für die Praxis nichts anderes übrig, als nach Leuten zu suchen, die zwischen diesen Extremen jeweils die richtige Einzelentscheidung finden. Das ist das schwierigste und wirksamste Mittel des Erfolgs.
Dieses wunderbare System hat leider nur einen kleinen Schönheitsfehler. Es funktioniert dort nicht, wo man den Eiferern und den Bummlern das gleiche Gehalt zahlen muß.
Das PISS empfiehlt folgende Sozialstrategie:
I. Für die untere Ebene
Anträge auf Mittel- und Personalverstärkung sind so zu formulieren, daß sie intelligent klingen, aber unverständlich sind. (Methode der sog. „artifiziellen Dummheit". Auskünfte, wie man so etwas macht, kann jeder gutachterlich tätige Professor erteilen.)
II. Für die obere Ebene
Anträge auf Mittel- und Personalverstärkung sind auf Verständlichkeit zu prüfen.
1. Sind sie ein Produkt „artifizieller Dummheit", dann sind sie abzulehnen, falls dies durchschaut wird.
2. Sind sie verständlich, aber plump, dann wie 1.
3. Sind sie intelligent und einleuchtend, dann gibt es zwei Möglichkeiten
a) man führt das Prinzip der personalwirtschaftlichen Kärglichkeit ein und verspricht dem Antragsteller und seinen Mitarbeitern ein höheres Gehalt, wenn der Antrag zurückgezogen und ein gleicher Arbeitserfolg garantiert wird,
b) man genehmigt den Antrag, verpflichtet aber die Antragsteller, mit den gleichen Gesamtpersonalkosten wie bisher auszukommen.
III. Für Unternehmen, in denen Bummler und Eiferer das gleiche Gehalt beziehen:
1. Man genehmigt den Antrag, dann bleibt alles beim alten.
2. Man lehnt den Antrag ab, dann bleibt ebenfalls alles beim alten.
F. Lx.